



Sonderausgabe

# FIGU ZEITZEICHEN



**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

10. Jahrgang  
Nr. 104 Feb./3 2024

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,  
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

\*\*\*\*\*

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

## **Art. 19 Menschenrechte**

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

## **Antinatalismus und Überbevölkerung**

**Definition Wikipedia:** Als Antinatalismus (lateinisch natalis, «zur Geburt gehörig») werden Positionen bezeichnet, die sich für die freiwillige Kinderlosigkeit aussprechen.

Es existieren zwei grundlegend unterschiedliche Formen des Antinatalismus: eine schon länger existierende Philosophie, die aus ethischen Gründen fordert, keine neuen Menschen hervorzubringen, sowie eine neuere politische Strömung, die sich aus verschiedenen Gründen zumeist dafür ausspricht, deutlich weniger neue Menschen hervorzubringen. Während Anhänger des **ethischen Antinatalismus** das Aussterben der Menschheit durch natale Enthaltensamkeit teilweise als erstrebenswert betrachten, wollen Anhänger des **bevölkerungspolitischen Antinatalismus** ganz im Gegenteil häufig das Überleben der Menschheit sichern und die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Der Antinatalismus wird gesellschaftlich überwiegend abgelehnt und seine Argumente bei der Familienplanung nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren nahmen öffentliche Debatten und die Zahl der Befürworter allerdings stetig zu.

(Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Antinatalismus>)

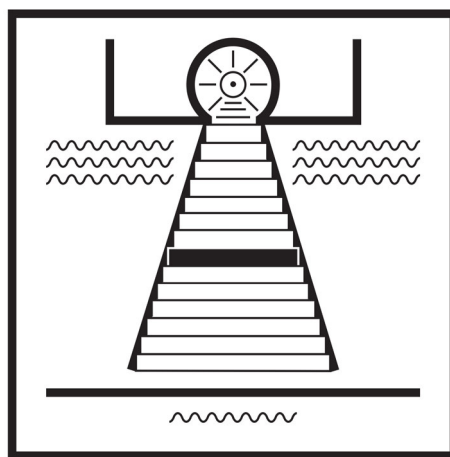


Antinatalisten in New York City: <https://www.facebook.com/StopHavingKidsMovement>

### Der «ethische» Antinatalismus

Der klassische Antinatalismus entspricht in seinem Kern einem Nihilismus in dem Sinne, dass das Leben des Menschen an und für sich für sinnlos gehalten wird, dass das Leben ein Jammertal voller Leiden sei, das nichts wirklich Sinnhaftes zu bieten habe und dass alles Glück nur reine Illusion sei.

All das entspricht einem horrenden Unsinn, denn weder ist der Mensch aus einem nichtexistierenden Zufall entstanden, noch ist er nur das Produkt einer Laune der Natur, das nur auf dem Planeten Erde existiert und irgendwann wieder im Nichts verschwindet, wenn der Mensch sich aufgrund der katastrophalen Folgen seiner hirnrissigen Überbevölkerung selbst ausgerottet haben wird. Dem um die Natur- und Schöpfungsgesetze wissenden Menschen ist klar bewusst, dass der Mensch seine Existenz einer Ur-Idee der Schöpfung Universalbewusstsein verdankt und er die hohe Aufgabe hat, sich selbst und damit das grosse Ganze der Schöpfung immer weiter zu entwickeln und zu vervollkommen, um damit seinen Teil zur Gesamtevolution der schöpferischen Grosseinheit beizusteuern. Das Leben ist wie alles in den 7 Universen resp. Raum-Zeit-Kontinuen der Schöpfung auf den Polen Positiv und Negativ aufgebaut, wodurch sich Tag und Nacht, männlich und weiblich, Freude und Leid, Lernen und Rückschritt, Liebe und Hass, Leben und Tod usw. immer ergänzen und zu einer Hypereinheit zusammenfügen, die den einzelnen Polen durch ihren kreativen, ergänzenden und im besten Falle harmonischen Zusammenschluss erst ihren tiefen Sinn verleiht. Ein in der Schöpfungsenergielehre bewandelter Mensch weiss, dass das physische Leben seiner aktuellen Persönlichkeit unweigerlich mit dem Sterben und dem Tod zu Ende geht und erlischt, dass aber die wirklich wichtige Essenz alles Gelernten, an Liebe, Wissen und wahrer Weisheit durch ein Schöpfungsgesetz erhalten bleibt und an den nachfolgenden, völlig neuen Menschen, der seine ihm eigene Schöpfungsenergie trägt, weitergegeben wird. Dies wird gesichert, indem der Gesamtbewusstseinblock des Menschen diese Essenz nach der Auflösung der alten Persönlichkeit und der Bildung eines neuen Bewusstseins im Unterbewusstsein der neuen Persönlichkeit verankert, damit diese genau an dem Punkt der Evolution weitermachen kann, an dem die Vorgängerpersönlichkeit ihr Leben beendet hat.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Evolution»

Alles beruht also keineswegs auf Zufall oder Chaos, sondern auf den bis ins Kleinste durchdachten und fein ausgeklügelten Gesetzmässigkeiten der Schöpfung, durch die alles wohlgeordnet und intelligent funktioniert. Nur der Mensch selbst will oder kann das aufgrund seiner wirren Gedanken und Gefühle, wegen seiner krankhaft ausgearteten Religionen und Philosophien und seiner naturentfremdeten Lebensweise nicht begreifen und hat das bewusste Sich-Einfügen in die Schöpfungsordnung in der grossen Masse der Menschen seit Jahrtausenden vergessen und verlernt. Das von vielen Antinatalisten herbeigesehnte Aussterben der Menschheit würde dem schöpferisch-natürlichen Sinn und Zweck des menschlichen Daseins widersprechen und die ursprüngliche Bestimmung der Erdenmenschheit sabotieren, denn als OMEDAM soll auch der Mensch der Erde nach den Gesetzen und Geboten der Schöpfung leben, diese erfüllen und sich auf dem Weg dahin stetig weiter evolutionieren. Der sogenannte «ethische» Antinatalismus ist demnach ganz offensichtlich eine Form von krassem Materialismus, Fatalismus und Nihilismus und hat mit der Wirklichkeit und Wahrheit des Seins und SEINS der schöpferischen Existenz ebenso wenig gemein wie mit wahrer Ethik als philosophische Disziplin oder Lehre, die das sittliche Verhalten des Menschen zum Gegenstand hat.

### Der «bevölkerungspolitische» Antinatalismus

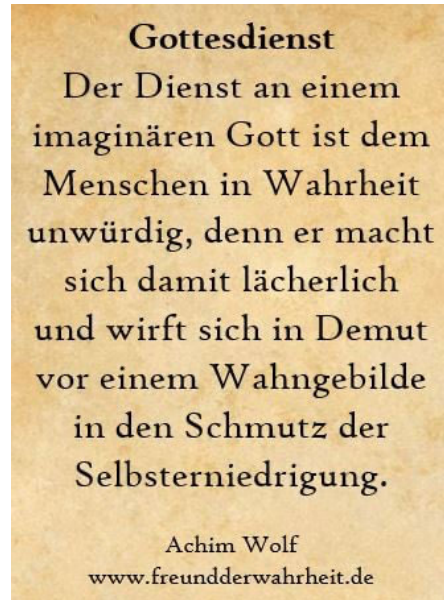
In der aktuellen Situation auf unserem Heimatplaneten Erde ist ein praktizierender Antinatalismus aus bevölkerungsrelevanten Motiven heraus eine gute Entscheidung, die im Prinzip als mehrjähriger, globaler Geburtenstopp mit nachfolgenden Geburtenregelungen eine dringliche Aufgabe aller Regierungen wäre, um noch die katastrophalsten Folgen der erdenmenschlichen Überbevölkerung zu vermeiden resp. abzuschwächen. Da die Verantwortlichen in jeder Beziehung versagt und alle Warnungen hierzu in den Wind geschlagen haben, müssen verantwortungsbewusste Menschen ihr Bestes selbst tun, was bedeutet, möglichst wenig Nachkommen zu haben oder – was noch besser ist – auf Kinder ganz zu verzichten, um ihren individuellen Beitrag gegen die Überbevölkerung zu leisten. Dass diese Motive und die Argumente der Antinatalisten für einen Bevölkerungsrückgang von der Gesellschaft und der Politik überwiegend abgelehnt werden, ist nichts anderes als ein Verbrechen gegen die Menschheit, den Planeten und seine Biosphäre, denn die Überbevölkerung ist neben der Blindheit und Gleichgültigkeit des Erdenmenschen für die Schöpfung und der krankhaft in ihren Gehirnen verankerten Gotteswahngläubigkeit eine krasse Form der Verantwortungslosigkeit, die den eigenen Untergang immens forciert, wenn dem nicht durch rigorose Geburtenregelungen und einen globalen Geburtenstopp entgegengesteuert wird.





Daher ist der Wunsch, aus Rücksicht auf die Umwelt auf Kinder zu verzichten, ein aner kennenswerter Entschluss und zeugt von der bewussten Verantwortung dieser Menschen für alles Leben. Wenn Antagonisten nun behaupten, die Menschheit würde aussterben, wenn nicht weiter viele Kinder gezeugt würden, dann ist das nichts anderes als eine selten dämliche, wirklichkeitsfremde und moralisch verkommene Ansicht, denn das Bevölkerungswachstum galoppiert ungehemmt weiter und wird erst dann enden, wenn entweder der Mensch wider Erwarten endlich vernünftig wird und seinen karnickelgleichen Vermehrungswahn stoppt oder aber, wenn Naturkatastrophen, Seuchen, Kriege, Bürgerkriege und Hungersnöte die Erdenmenschheit gnadenlos dezimieren werden, was er dann selbst verschuldet, weil er die Naturgesetze und die Kausalität zu seinem eigenen horrenden und tödlichen Nachteil missachtet und herausfordert.

*Achim Wolf, Deutschland*



**Denke darüber nach, was du tust!**  
**Think about what you are doing!**



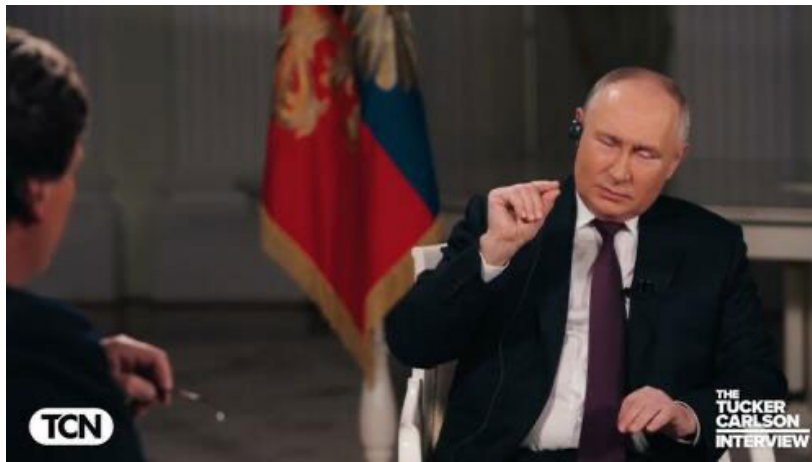
**Unterstütze / Support / Petition**

**UN: Rettet die Erde – Globaler Geburtenstopp! \* Save the Earth – Global Birth Stop!**  
<https://www.change.org/p/weltweite-geburtenregelungen-verbindlich-einf%C3%BChren-introduce-obligatory-world-wide-birth-controls>

Achim Wolf, Deutschland

## Tucker Carlson: Das Putin-Interview uncut in deutscher Sprache

uncut-news.ch, Februar 9, 2024



Letzte Woche reiste Tucker Carlson nach Russland, um Präsident Wladimir Putin zu interviewen. Das hat die Linke in Hysterie versetzt – einige forderten Sanktionen gegen den Journalisten oder Schlimmeres. Vor dem Interview, das jetzt in voller Länge auf tucker Carlson.com zu sehen ist, erklärte Carlson, dass es seine Aufgabe als Journalist sei, «die Menschen zu informieren», da «die meisten Amerikaner nicht darüber informiert sind», was in der Ukraine passiert.

In diesem Sinne: Auf geht's.

Tucker begann das Interview mit der Frage an Putin, warum er in die Ukraine einmarschiert sei, «und die Antwort, die wir erhielten, hat uns schockiert».

Putin ging dann auf die Geschichte der Ukraine ein, die bis ins Mittelalter zurückreiche. Tucker widersprach und sagte: «Ich bin mir nicht sicher, was das mit dem zu tun hat, was vor zwei Jahren passiert ist», woraufhin Putin seine Geschichtsstunde fortsetzte.

«Aber warum haben Sie in den ersten 22 Jahren Ihrer Präsidentschaft nicht gesagt, dass die Ukraine kein richtiges Land ist?» fragte Tucker.

«Der Sowjetunion wurden viele Gebiete überlassen, die nie zu ihr gehörten, darunter die Schwarzmeerregion. Einmal, als Russland diese Gebiete als Ergebnis der russisch-türkischen Kriege erhielt, nannte man sie Neurussland oder ein anderes Russland. Aber das spielt keine Rolle. Wichtig ist, dass Lenin, der Gründer des Sowjetstaates, die Ukraine so gegründet hat», antwortete Putin. «Jahrzehntelang entwickelte sich die Ukrainische Sowjetrepublik als Teil der UdSSR. Und aus unbekannten Gründen haben die Bolschewiki die Ukrainisierung wieder aufgenommen.»

Der Auslöser des Ukraine-Krieges: «Ursprünglich war es der Putsch in der Ukraine, der den Konflikt provoziert hat... Sie haben den Krieg im Donbas 2014 mit dem Einsatz von Flugzeugen und Artillerie gegen Zivilisten begonnen. Damit hat alles angefangen.»

### NATO-Erweiterung

Um zum Kern des Krieges in der Ukraine zu kommen, sagte Putin zu Carlson: «Die frühere russische Führung ging davon aus, dass die Sowjetunion aufgehört habe zu existieren und es daher keine ideologischen Trennlinien mehr gebe. Russland hat sogar freiwillig und proaktiv den Zusammenbruch der Sowjetunion akzeptiert und geglaubt, dass der sogenannte zivilisierte Westen dies als Einladung zur Zusammenarbeit und Assoziierung verstehen würde.»

«Man versprach uns keine NATO im Osten, keinen Zentimeter im Osten, wie es hiess. Und was dann? Sie sagten, na ja, es steht nicht auf dem Papier, also werden wir expandieren.»

*Das ist es, was Russland erwartet hat, sowohl von den Vereinigten Staaten als auch vom sogenannten kollektiven Westen insgesamt. Es gab kluge Leute, auch in Deutschland, Egon Bahr, ein bedeutender Politiker der Sozialdemokratischen Partei, der in seinen persönlichen Gesprächen mit der sowjetischen Führung am Rande des Zusammenbruchs der Sowjetunion darauf bestand, dass sie wüssten, dass in Europa Sicherheitssysteme geschaffen werden müssten. Dem vereinigten Deutschland sollte geholfen werden, aber es sollte auch ein neues System geschaffen werden, das die Vereinigten Staaten, Kanada, Russland und andere mitteleuropäische Länder umfasste. Aber die NATO muss nicht erweitert werden. Das hat er auch gesagt. Wenn die NATO erweitert würde, wäre alles wie zu Zeiten des Kalten Krieges, nur näher an den Grenzen Russlands. Das war alles. Er war ein weiser alter Mann, aber niemand hörte ihm zu. Einmal wurde er sogar wütend. Wenn ihr nicht auf mich hört, sagte er, werde ich Moskau nie wieder betreten. Alles geschah so, wie er es gesagt hatte.*

**Stand der Verhandlungen:**

**Wladimir Putin:** Ich habe bereits gesagt, dass wir uns den Gesprächen nicht verweigert haben. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Es ist die westliche Seite, und die Ukraine ist offensichtlich ein Satellitenstaat der USA. Das ist offensichtlich. Ich möchte nicht, dass Sie das so verstehen, als ob ich ein starkes Wort oder eine Beleidigung suche. Aber wir verstehen beide, was hier vor sich geht. Die finanzielle Unterstützung. 72 Milliarden Dollar wurden bereitgestellt. Deutschland steht an zweiter Stelle, dann kommen andere europäische Länder. Dutzende Milliarden Dollar fließen in die Ukraine. Es gibt einen riesigen Zustrom von Waffen. Wenn das so ist, dann sollte man der jetzigen ukrainischen Führung sagen, sie soll aufhören und an den Verhandlungstisch kommen und dieses absurde Dekret zurücknehmen. Wir haben uns nicht geweigert.

**Tucker:** Sicher, aber das haben Sie schon gesagt. Ich dachte nicht, dass Sie es als Beleidigung gemeint haben, denn Sie haben bereits richtig gesagt, dass es Berichte gibt, dass die Ukraine vom ehemaligen britischen Premierminister, der im Namen der Biden-Administration handelte, daran gehindert wurde, eine Friedenslösung auszuhandeln. Das ist natürlich ein Satellit. Die grossen Länder kontrollieren die kleinen. Das ist nichts Neues. Und deshalb habe ich darum gebeten, direkt mit der Biden-Administration zu verhandeln, die diese Entscheidungen trifft, und nicht mit dem ukrainischen Präsidenten Selensky.

**Wladimir Putin:** Nun, wenn sich die Regierung Selenski in der Ukraine weigert zu verhandeln, dann nehme ich an, dass sie das auf Anweisung Washingtons tut. Wenn Washington der Meinung ist, dass es die falsche Entscheidung war, dann soll es sie aufgeben. Es soll eine gute Entschuldigung finden, damit niemand beleidigt ist. Es soll einen Ausweg finden. Wir haben diese Entscheidung nicht getroffen. Sie haben sie getroffen. Also sollen sie diese rückgängig machen. Das ist alles. Aber sie haben die falsche Entscheidung getroffen. Und jetzt müssen wir einen Ausweg finden, um ihren Fehler zu korrigieren. Sie haben es getan, also sollen sie es selbst korrigieren. Wir unterstützen das.

**Tucker:** Ich möchte nur sichergehen, dass ich das, was Sie sagen, nicht falsch verstehe. Ich glaube nicht, dass ich das tue. Ich glaube, Sie sagen, Sie wollen eine Verhandlungslösung für das, was in der Ukraine passiert.

**Wladimir Putin:** Richtig. Und das haben wir erreicht. Wir haben in Istanbul das grosse Dokument vorbereitet, das vom Leiter der ukrainischen Delegation paraphiert wurde. Er hat seine Unterschrift unter einige Bestimmungen gesetzt, nicht unter alle. Er hat seine Unterschrift gesetzt und dann selbst gesagt, wir sind bereit, das zu unterzeichnen, und der Krieg ist schon lange vorbei. Vor 18 Monaten. Aber dann kam Premierminister Johnson und hat es uns ausgedreht, und wir haben diese Chance verpasst. Nun, Sie haben sie verpasst. Sie haben einen Fehler gemacht. Lassen Sie sie zurückkommen. Das ist alles. Warum müssen wir uns die Mühe machen, die Fehler der anderen zu korrigieren? Ich weiss, man könnte sagen, es ist unser Fehler. Wir waren es, die die Situation verschlimmert haben, die beschlossen haben, den Krieg, der 2014 im Donbas begann, zu beenden. Wie zuvor erwähnt, mit Waffen. Lassen Sie mich zurückkommen, um die Geschichte fortzusetzen. Ich habe es Ihnen bereits gesagt. Wir haben gerade darüber gesprochen. Gehen wir zurück in das Jahr 1991, als uns versprochen wurde, dass die NATO sich nicht ausdehnen würde, bis zum Jahr 2008, als sich die Türen der NATO öffneten, um die staatliche Souveränität der Ukraine zu erklären, und die Ukraine zu einem neutralen Staat erklärt wurde. Erinnern wir uns an die Zeit, als NATO- und US-Militärbasen auf dem Territorium der Ukraine auftauchten und eine Bedrohung für uns darstellten. Erinnern wir uns an den Staatsstreich in der Ukraine 2014. Aber es ist sinnlos, oder? Wir können endlos hin und her gehen, aber sie haben die Verhandlungen abgebrochen. Ist das ein Fehler? Ja, das ist es. Korrigieren Sie ihn. Wir sind bereit. Was fehlt noch?

Sehen Sie hier, wie Putin erklärt, dass er ein Friedensabkommen unterzeichnet hat (bevor BoJo eintrifft): Mehr:

- Über den Verhandlungsprozess und sein Scheitern: «Es gab [Gespräche], die in einem komplizierten Prozess ein sehr hohes Stadium der Abstimmung der Positionen erreicht hatten, aber dennoch fast abgeschlossen waren. Aber nachdem wir unsere Truppen aus Kiew abgezogen hatten, warf die andere Seite all diese Vereinbarungen über den Haufen.»
- Zu seinem letzten Gespräch mit Joe Biden: «Nun, ja, er finanziert, aber ich habe mit ihm natürlich vor der speziellen Militäroperation gesprochen... Ich glaube, Sie machen einen grossen Fehler von historischer Tragweite, wenn Sie alles, was dort in der Ukraine passiert, unterstützen, indem Sie Russland zurückdrängen.»
- Über die Möglichkeit eines globalen Konflikts: «Es widerspricht dem gesunden Menschenverstand, in eine Art globalen Krieg hineingezogen zu werden, und ein globaler Krieg wird die gesamte Menschheit an den Rand der Vernichtung bringen.»
- Zum Konzept der Entnazifizierung: «„Entnazifizierung... bedeutet das Verbot aller neonazistischen Bewegungen... Wir müssen diejenigen loswerden, die dieses Konzept aufrechterhalten, die diese Praxis unterstützen und versuchen, sie zu bewahren.»

- Zu den territorialen Ambitionen Russlands: «Wir haben einfach kein Interesse [an Polen, Lettland oder anderswo]. Es ist nur Drohungsmacherei.»

### Elon Musk und Neuralink

Putin deutete an, dass Elon Musk nicht aufzuhalten sei: «Er wird tun, was er für richtig hält. Aber Sie müssen eine gemeinsame Basis mit ihm finden. Man muss Wege finden, ihn zu überzeugen. Ich glaube, er ist ein intelligenter Mensch. Das glaube ich wirklich. Also muss man sich mit ihm einigen, denn dieser Prozess muss formalisiert und bestimmten Regeln unterworfen werden. Die Menschheit muss sich fragen, was mit den neuesten Entwicklungen in der Genetik oder der KI passieren wird? Man kann in etwa vorhersagen, was passieren wird.»

Und noch mehr:

- Zur Nord Stream-Explosion: «In solchen Fällen heisst es immer, man müsse jemanden suchen, der interessiert ist. Aber in diesem Fall sollten wir nicht nur nach jemandem suchen, der interessiert ist, sondern auch nach jemandem, der fähig ist... Wer ist interessiert und wer ist fähig?»

**Tucker:** «Wer hat Nord Stream gesprengt?» **Putin:** «Sicherlich Sie.» **Tucker:** «Ich war an dem Tag beschäftigt. Ich habe Nord Stream nicht gesprengt.» **Putin:** «Sie persönlich haben vielleicht ein Alibi, aber die CIA hat kein Alibi.»

- Zum Nachweis der NATO-Beteiligung: «Im Propagandakrieg ist es schwierig, die Vereinigten Staaten zu schlagen, weil sie alle Medien der Welt kontrollieren ... Wir können einfach unsere Informationsquellen ins Rampenlicht stellen, aber wir werden keine Ergebnisse erzielen.»
- Über das deutsche Schweigen zu Nord Stream: «Die heutige deutsche Führung lässt sich mehr von den Interessen des kollektiven Westens als von ihren nationalen Interessen leiten.»
- Über globale Allianzen und Sicherheit: «Sicherheit sollte geteilt werden und nicht für die goldene Milliarde gedacht sein. Das ist das einzige Szenario, in dem die Welt stabil, nachhaltig und berechenbar sein kann.»
- Zum Einsatz des US-Dollars als politisches Instrument: «Den Dollar als aussenpolitisches Kampfinstrument einzusetzen, ist einer der grössten strategischen Fehler der politischen Führung der USA.»
- Zu den Auswirkungen der Sanktionen und der Abkehr vom Dollar: «Sogar die Verbündeten der Vereinigten Staaten bauen jetzt ihre Dollarreserven ab ... Es waren nicht wir, die die Verwendung des US-Dollars verboten haben. Es war die Entscheidung der Vereinigten Staaten, unsere Transaktionen in US-Dollar einzuschränken.»
- Zum Verhältnis zu China: «Chinas aussenpolitische Philosophie ist nicht aggressiv. Die Idee ist, immer einen Kompromiss zu suchen.»
- Zu möglichen Veränderungen in den Beziehungen zwischen den USA und Russland: «Es geht nicht um die Persönlichkeit des Führers. Es geht um die Denkweise der Eliten, um die Art und Weise, wie man mit Führern umgeht. Wenn in der amerikanischen Gesellschaft die Idee der Vorherrschaft um jeden Preis, auch mit Gewalt, vorherrscht, wird sich nichts ändern.»
- Über das Wesen der Macht in den USA: «Es ist sehr schwierig für uns, das alles zu klären. Wer entscheidet bei den Wahlen? Jeder Staat regiert sich selbst ... Es gibt zwei Parteien, die dominieren: Die Republikaner und die Demokraten.»
- Über Christentum und Gewalt: «Es ist sehr einfach, wenn es darum geht, sich selbst, seine Familie und sein Land zu schützen. Wir greifen niemanden an ... Und wir beschützen unser Volk, uns selbst, unsere Heimat und unsere Zukunft.»

Tucker fragte auch nach dem inhaftierten WSJ-Reporter Evan Gershkovich:

**Tucker:** Ich habe nur noch eine letzte Frage. Es geht um jemanden, der in den Vereinigten Staaten sehr berühmt ist. Hier wahrscheinlich nicht. Evan Gershkovich ist Reporter beim «Wall Street Journal». Er ist 32 Jahre alt. Und er sitzt seit fast einem Jahr im Gefängnis. Das ist eine grosse Geschichte in den USA. Und ich möchte Sie einfach direkt fragen, ohne auf die Details oder Ihre Version der Ereignisse einzugehen, ob Sie bereit wären, ihn als Zeichen Ihres Anstands freizulassen und ihn in die Vereinigten Staaten zurückzubringen.

**Wladimir Putin:** Wir haben so viele Gesten des guten Willens aus Anstand gemacht, dass ich glaube, dass sie uns ausgegangen sind. Wir haben noch nie erlebt, dass sich jemand in ähnlicher Weise revanchiert hat. Theoretisch können wir aber sagen, dass wir das nicht ausschliessen, wenn unsere Partner entsprechende Schritte unternehmen. Wenn ich von Partnern spreche, meine ich in erster Linie die Fachstellen. Die Fachdienste stehen miteinander in Kontakt. Sie sprechen darüber. Es gibt kein Tabu, dieses Problem zu lösen. Wir sind bereit, das Problem zu lösen, aber es gibt bestimmte Bedingungen, die über die Kanäle der Sonderdienste diskutiert werden. Ich glaube, dass eine Einigung möglich ist.

## In Deutsch Synchronisiert:



Das komplette Interview mit deutschen Untertiteln; Direkt zum Video:

Hier noch auf YouTube: Inhalt: 00:02:00 Putin's Überblick über die Geschichte Russlands & der Ukraine

00:25:04 NATO-Erweiterung

00:30:40 NATO & Bill Clinton

00:41:10 Ukraine

00:48:30 Was hat diesen Konflikt ausgelöst?

01:02:37 Eine friedliche Lösung?

01:11:33 Wer hat die Nord Stream-Pipelines gesprengt?

01:24:13 Die Wiederaufnahme der Gespräche mit den USA

01:36:33 Wie mächtig ist Zelensky?

01:48:36 Elon Musk & KI

01:51:07 Der inhaftierte US-Journalist Evan Gershkovich



## Interview auf X in Englisch:



Das Interview hier als Abschrift und hier von Google übersetzt.

QUELLE: TUCKER CARLSON: THE PUTIN INTERVIEW

Quelle: <https://uncutnews.ch/tucker-carlson-das-putin-interview-uncut-in-deutscher-sprache/>



## Die Lüge vom russischen Imperialismus als Vorwand für neue Kriegsrüstungen

Hwludwig, Veröffentlicht am 9. Februar 2024

Die westlichen Medien bringen laufend Meldungen über einen angeblich bevorstehenden Krieg mit Russland, vor dessen Angriffsplänen auf Osteuropa man gerüstet sein müsse. Daher hält die NATO vom 31. Januar bis 31. Mai mit 90'000 Soldaten bis an die russische Grenze ein grosses Manöver ab, in dem ein Krieg gegen Russland trainiert wird. Auch der deutsche Wehrminister Pistorius spricht davon, die Deutschen sollten «kriegstüchtig» werden und auf einen Krieg vorbereitet sein. Die Kampagne wirkt, «Bild» titelte: «Jeder zweite Deutsche fürchtet Putin-Angriff.» Und fast 40% würden bereits Notvorräte anlegen. – Der Informationskrieg zur Gehirnwäsche der Menschen gleicht dem vor jedem grossen Kriege. Doch wo ist hier der Imperialismus?



Weltwoche

Die Imperialismus-Hetze knüpft an den einseitigen Vorwurf gegen Putin an, durch seinen Einmarsch in die Ukraine vor zwei Jahren den Krieg schuldhaft vom Zaun gebrochen zu haben, wobei aber schon die ganze Vorgeschichte der NATO- und EU-Erweiterungen nach Osten, des vom Westen initiierten Maidan-Putsches 2014, der NATO-Flugplätze in der Ukraine und des NATO-unterstützten Bürgerkrieges gegen die Russisch sprechende Bevölkerung der Ost-Ukraine ausgeklammert wird.<sup>1</sup>

Putin strebe ein grosses Reich an und wolle die Ukraine wieder der Russischen Föderation einverleiben und schliesslich – wie ehemals die Sowjetunion – auch Osteuropa unter seine Herrschaft bringen.

So lautet die westliche Propaganda. Doch wie verhält es sich mit dem Imperialismus wirklich?

Zur Beantwortung dieser Frage steht uns aktuell ein 2023 erschienenes, sehr empfehlenswertes Buch des Bürgerrechtlers Thomas Mayer mit dem Titel: «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg» zur Verfügung.

Er hat Worte Karl Jaspers vorangestellt, die dieser in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahr 1958 ausgesprochen hat:

«Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich.

Daher ist die Unwahrheit das eigentliche Böse, jeden Frieden Vernichtende:

die Unwahrheit von der Verschleierung

bis zur blinden Lässigkeit,

von der Lüge

bis zur inneren Verlogenheit,

von der Gedankenlosigkeit

bis zum doktrinären Wahrheitsfanatismus,

von der Unwahrhaftigkeit des einzelnen

bis zur Unwahrhaftigkeit des öffentlichen Zustandes.»

Das Buch ist eine sorgfältig recherchierte und belegte umfassende Tatsachensammlung, ein Kompendium, in dem man sich zu einzelnen Aspekten in den entsprechenden Kapiteln kundig machen kann. <sup>2</sup> So befasst sich am Ende von Kapitel I «Die Ausgangslage», das letzte Unterkapitel mit der Frage:

### Ist Russland imperialistisch?

Thomas Mayer schildert zunächst, dass sich Russland nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 politisch neu erfunden habe: Mit einer repräsentativen Demokratie, Parteien und zwei Parlamentskammern. Der Präsident habe dabei sehr viele Kompetenzen bekommen. Eine zentrale und starke Führung werde von der russischen Bevölkerung erwartet. Doch gebe es dazu auch schon immer Selbstverwaltungen in den Regionen. Die Rolle, die Putin im Staat habe, entspreche der gesellschaftlichen Realität in Russland. T. Mayer beruft sich dazu auf den Russland-Kenner Kai Ehlers, der seit Jahrzehnten über Russland schreibt und dort oft arbeitet.

«Zentralismus in Moskau und herrschaftsfreie Elemente im Land, das sind diese traditionellen Gegensätze. Verbunden sind sie nicht durch verfassungsmässige Organe, sondern in einer personalen Struktur, ich betone das: In einer personalen Struktur! Man hört, wenn man in Russland unterwegs ist: Guter Natschalnik, also guter Chef, gute Verhältnisse; schlechter Natschalnik, schlechte Verhältnisse. Guter Präsident, gute Gesellschaft; schlechter Präsident, schlechte Zeiten. ... Das ist etwas, was den Menschen in Russland tief im Blut liegt, dieses personale Verständnis ihrer Gesellschaft.» (Kai Ehlers)

Putin habe, so Thomas Mayer, dieses Bedürfnis erfüllen können. Er sei in einer Zeit des gesellschaftlichen Verfalls, des wirtschaftlichen Chaos, das Boris Jelzin von 1991 bis 1999 herbeigeführt habe, Präsident geworden und habe das Land da herausgeführt. Kai Ehlers sehe Putin als «einen autoritären Modernisierer, der im Spagat zwischen Neoliberalismus und monarchischer Tradition steht und aus dieser Haltung das Land sanieren will.» Er habe wieder verlässliche gesellschaftliche Strukturen, soziale Verhältnisse und Versicherungen aufgebaut. Ihm sei es darauf angekommen, dass wieder eigene Regeln, nicht fremde im Lande herrschen und ein starkes Russland aufzubauen, das erneut in die Funktion eintritt, die seiner historischen Rolle entspreche, nämlich Integrationsknoten in Eurasien zu sein.

Putin habe die Altschulden der Sowjetunion bei der Weltbank beglichen und IWF-Kredite gekündigt. Zur Sicherung seiner Herrschaft sei es ihm gelungen, dass die Oligarchen einbezogen wurden, diese wieder Steuern zahlten, sich für soziale Strukturen verantwortlich fühlten und sich weitgehend aus der Politik heraushielten.

Aussenpolitisch sei Putin mit offenen Armen auf den Westen zugegangen und habe vorgeschlagen, dass Russland in die NATO und in die EU eintritt. Doch er sei auf Ablehnung gestossen. Nach diesen Erfahrungen habe Putin begonnen, den Militarismus und die Hegemonie der USA zu kritisieren, z.B. bei seinem Auftritt in der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.

Russland habe immer noch die Folgen der Zeit des sowjetischen Totalitarismus zu tragen, der von Moskau ausging. In der Reaktion der unterdrückten Länder habe sich viel Verzweiflung und Wut gegen Moskau gerichtet. Inzwischen sei die Sowjetunion weg, aber die Wut gegen Moskau sei geblieben und habe sich nun gegen Russland, das von Moskau aus regiert werde, gewendet.

So werde verständlich, woher der Russlandhass z.B. in den baltischen Staaten, Polen oder Tschechien komme. Thomas Mayer:

«Seit 1991 ist die Politik Russlands gegenüber diesen Staaten freundlich. Russland hat diese Staaten sogar in die NATO gehen lassen, obwohl dies den erklärten Sicherheitsinteressen Russlands widersprach. Russland hat diese Länder mit billiger Energie versorgt. Ich konnte keine feindlichen politischen Handlungen Russlands gegenüber diesen Staaten seit 1991 finden. Hinter dem aktuellen Russlandhass stehen also keine konkreten gegenwärtigen Tatsachen, sondern alte kollektive emotionale Verletzungen und ungelöste Traumata aus der Sowjet- und Zarenzeit. Solange diese nicht überwunden werden, bleibt die nachbarschaftliche Stimmung verdorben.»

### Woher kommt der Imperialismus-Vorwurf?

Die NATO-Staaten führen als Hauptargument für Ihre umfassende Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland an, dass Russland eine imperialistische Ausdehnung verfolge. Was verstehe man unter Imperialismus? Die Bundeszentrale für politische Bildung definiere:

«Es bezeichnet das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszuweiten. Das kann dadurch erfolgen, dass schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich kulturell oder mit anderen Methoden vom stärkeren Land abhängig gemacht werden. Manchmal führt auch ein stärkeres Land direkt einen Krieg gegen ein schwächeres Land, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen.»

Es gebe mehrere Kriterien, so Thomas Mayer, an denen man einen Imperialismus eines Landes einschätzen könne:

1. Erweiterung des Herrschaftsgebietes,
2. ausländische Militäreinsätze,
3. ausländische Militärbasen und
4. die Art der aussenpolitischen Doktrin.

### Wie stelle sich die russische Politik auf dieser Basis dar?

**1. Eine Erweiterung der Herrschaftsgebiete** habe sowohl im Zarenreich von 1547 bis 1917, als auch in der kommunistischen Sowjetunion stattgefunden. Beide seien imperialistisch gewesen. Im Verlauf des 2. Weltkrieges habe die Rote Armee viele Territorien in Osteuropa besetzt und sich entweder einverleibt, wie Gebiete Ostpolens und das gesamte Baltikum, oder zu kommunistischen Satellitenstaaten gemacht. Dagegen sei Russland nach 1991 völlig anti-imperialistisch. Anstatt den Machtbereich zu erweitern, habe es ihn radikal verkleinert. Mit der Auflösung der Sowjetunion seien die osteuropäischen Satellitenstaaten freigelassen worden, die nun politisch ihre eigenen Wege hätten gehen können. Aber auch den fünfzehn Republiken der Sowjetunion sei freigestellt worden, sich zu trennen und eigene Wege zu gehen. Vierzehn hätten das getan. Russland sei Rechtsnachfolger der Sowjetunion geworden und habe sich für die Erfüllung bestehender internationaler Verträge verantwortlich erklärt. Damit habe sich das heutige Russland gegenüber dem monarchischen Zarenreich von 1914 sehr stark verkleinert. Das zeige eine Graphik nach einer Statista-Recherche, die auf Seite 136 des Buches abgedruckt ist.

**2. Zu den ausländischen Militäreinsätzen** werde gern auf eine «Liste von Militäroperationen Russlands» von Wikipedia verwiesen, so auf:

a) Abchasien, Südossetien und Georgien:

Abchasien und Südossetien sind Gebiete zweier kleiner Völkerschaften mit eigener Sprache, die bis 1991 zur Sowjetrepublik Georgien gehörten. Nach der Unabhängigkeit Georgiens hätten sich diese ethnischen Minderheiten durch den erstarkten Nationalismus in Georgien – der auch vielfach in anderen frei gewordenen Republiken entstanden sei – bedroht gesehen. Es sei zu einem Bürgerkrieg mit schlimmen gegenseitigen Massakern gekommen, woraufhin sich diese beiden Regionen zu unabhängigen Republiken erklärt hätten. Russland habe auf deren Bitten militärisch dort eingegriffen, wodurch eine weitere Eskalation vermieden worden sei: 1991–1992 im Georgisch-Südossetischen Krieg, und 1992–1993 im Georgisch-Abchasischen Krieg. Danach seien in diesen Republiken russische Soldaten zur Friedenssicherung stationiert geblieben, die dazu mit einem Mandat der «Gemeinschaft Unabhängiger Staaten» (GUS) ausgestattet worden seien, einer zwischenstaatlichen Organisation der meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Nachdem der NATO-Gipfel in Bukarest vom 2.–4. April 2008 Georgien eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt habe, sei die georgische Regierung, so Thomas Mayer, in der Hoffnung auf eine militärische Unterstützung durch die USA übermütig geworden und habe im Juli 2008 die beiden abtrünnigen Republiken militärisch angegriffen. Dabei habe man auch die russischen Friedenstruppen angegriffen. Aus der russischen Grenzregion seien daraufhin weitere russische Truppen eingerückt, die die georgische Armee bis ins Kernland Georgiens zurückgedrängt hätten.

Da die USA ihre Hilfe ablehnten, sei Georgien gezwungen gewesen, am 12. August 2008 ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Daraufhin habe sich die russische Armee wieder zurückgezogen.

Russland wolle keine Kriege und Flüchtlingsdramen an seinen Grenzen und habe deshalb versucht, für Ruhe in diesen beiden Mini-Republiken zu sorgen. Ein imperialistisches Handeln Russlands sei hier nicht zu erkennen.

b) Transnistrien:

Transnistrien, eine weitere abgespaltene Republik, liegt im Osten der Republik Moldau an der Grenze zur Ukraine, wird von 375'000 Menschen bewohnt und wurde 1992 unabhängig. Die Einwohner hätten sich von dem Nationalismus der Republik Moldau, die Rumänisch orientiert ist, bedroht gefühlt, so dass es zu einem kurzen Krieg zwischen beiden gekommen sei, der im August 1992 von den in Transnistrien stationierten russischen Truppen beendet worden sei. Die Republik werde seither von Russland unterstützt, und es seien zur Friedenssicherung etwa 1500 russische Soldaten stationiert geblieben.

c) Tadschikistan:

Einen weiteren russischen Militäreinsatz habe es in Tadschikistan, im Norden von Afghanistan, im dortigen Bürgerkrieg von 1992–1997 gegeben. Russland habe den regierenden tadschikischen Präsidenten militärisch unterstützt und im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges den Grossteil der Friedenstruppe der GUS gestellt. Der Bürgerkrieg sei am 27. Juni 1997 mit einem Friedensvertrag in Moskau beendet worden.

d) Syrien, Bergkarabach, Kasachstan:

Es gebe noch drei weitere militärische Einsätze, die auf ein Hilfsersuchen der jeweiligen Regierung des Landes erfolgten:

Seit 2015 ist die russische Armee in Syrien aktiv.

2020 seien russische Soldaten als Friedenstruppe nach Bergkarabach in Aserbeidschan gegangen. 2023 habe Präsident Putin einen Frieden zwischen Armenien und Aserbeidschan vermitteln können, wodurch dieser Konflikt erst einmal beendet worden sei.

2022 seien russische Truppen an der Niederschlagung der Unruhen in Kasachstan beteiligt gewesen. Dies seien alle militärischen Einsätze der russischen Armee im Ausland von 1991 bis 2023 gewesen, ausser dem Ukraine-Krieg. Es habe sich – bis auf Syrien – immer um Regionen ehemaliger Sowjetrepubliken gehandelt, in denen durch Nationalismus unlösbare Konflikte entstanden waren.

Für diese Regionen und die darin russisch sprechenden Menschen habe sich Russland wegen der Geschichte, Grenz Nähe und der menschlichen Verbindungen verantwortlich gefühlt. Man habe in bestehende Konflikte eingegriffen. Es hätten aber keine Angriffe oder Besitznahmen durch Russland stattgefunden. Der Ukraine-Krieg habe übrigens das gleiche Muster.

Um einen Imperialismus Russlands zu belegen, werde oft auf die Tschetschenienkriege von 1994–1996 und 1999–2009 verwiesen. Diese Militäreinsätze haben aber nicht ausserhalb Russlands stattgefunden. Tschetschenien ist kein eigener Staat, sondern ein Teil der russischen Föderation mit dem Status einer «autonomen Republik», die von Menschen mit überwiegend islamischem Glauben bewohnt wird. Islamische Radikale hätten eine Loslösung von Russland angestrebt und 1991, nach einem Referendum, Tschetschenien für unabhängig erklärt. Die russische Regierung habe dies aber nicht anerkannt, da nach der Verfassung eine «Autonome Sozialistische Sowjetrepublik» (ASSR) im Gegensatz zu einer «Sozialistischen Sowjetrepublik» (SSR) kein Austrittsrecht habe.

Es sei den islamischen Radikalen um die Errichtung eines islamischen Staates gegangen, der sich mit dem Rechtsraum Russlands nicht vertragen habe. Die tschetschenische Regierung habe innenpolitisch eine anti-russische Politik verfolgt, die russische Sprache zu verdrängen versucht und das Clansystem neu belebt.

**3. Ausländische Militärbasen** gebe es weltweit ca. 1000. Davon seien 800 in 80 Ländern unter der Kontrolle der USA. Russland verfüge über 9 ausländische Militärbasen, davon 6 in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, zwei in Syrien sowie 1 in Vietnam. China verfüge bisher über 1 Basis in Dschibuti in Ostafrika. Das bedeute: Die USA haben ihre militärische Macht weltweit ausgedehnt und ihre beiden «Hauptkonkurrenten» China und Russland mit Militärbasen regelrecht eingekreist. Damit seien offensichtlich die USA imperialistisch.

**4. In der «Aussenpolitischen Doktrin» Russlands**, in der die Prinzipien und Ziele der Aussenpolitik des Landes beschrieben werden, wolle Russland die «Bildung einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung» auf Basis der UNO, deren «Rolle wiederhergestellt» werden solle. Russland fordere eine «multipolare» internationale Ordnung mit zahlreichen gleichberechtigten Akteuren. Eine «unipolare» Weltordnung, bei der ein Staat alle anderen dominiert, lehne Russland ab und positioniere sich damit klar gegen die Hegemonie der USA. Russland formuliere damit eine anti-imperialistische Aussenpolitik.

Der russische Aussenminister Lawrow fasste im August 2023 in einem Interview die aussenpolitische Doktrin zusammen (auf Anti-Spiegel nachzulesen). In ihr sind keine imperialistischen Bestrebungen Russlands zu entdecken.

Thomas Mayer:

«Entsprechend dieser Doktrin arbeitet Russland mit anderen Staaten zusammen. Besonders wichtig ist dabei die Vereinigung der BRICS-Staaten. Die Abkürzung BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der fünf zugehörigen Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Dutzende weitere Staaten streben eine Aufnahme in die BRICS-Vereinigung an. Wenn man die BRICS-Treffen verfolgt, kann man keinen Imperialismus Russlands finden, da die Gespräche auf Augenhöhe stattfinden.»

Auch die Reden Putins selbst, die er während seiner Präsidentschaft über die geopolitischen Ziele Russlands gehalten hat, enthalten keinerlei imperialistische Ziele. Vor allem drei Reden Putins mit geopolitischen Themen sind besonders bedeutsam: die Rede Putins vor dem deutschen Bundestag am 25.9.2001, seine Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und seine Ausführungen vor der UNO-Vollversammlung im Jahr 2015. Schon in seiner Bundestagsrede, so der in Russland lebende Thomas Röper, habe man im Kern alle Punkte seiner Politik aus erster Hand auf Deutsch hören können, Punkte, die alle praktisch unverändert bis heute seine Politik bestimmten. Putins Ausführungen sind dort mit «Standing Ovations» begrüsst worden. (Näher siehe im Artikel: Geopolitische Ziele Putins)

Demgegenüber hat die «National Security Strategy» der USA vom Oktober 2022, die als Leitfaden für die Aussenpolitik der US-Regierung dient, eine ganz andere Intention. Darin werde, so Thomas Mayer, der angeblich unverzichtbare Charakter der USA und die Notwendigkeit ihrer Führungsrolle in der Welt bekräftigt. Die Krisen der Welt könnten nur durch eine entschlossene Führung der USA bewältigt werden. Da die freundschaftliche Ära nach dem Kalten Krieg vorbei sei, sei es notwendig, dem «russischen Imperialismus» und den Ambitionen Chinas entschlossen entgegenzutreten.



Heute verlaufe die Konfrontation nicht mehr zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen Demokratie und Autokratie.

(Dabei wird natürlich verschwiegen, dass diese Demokratie im Grunde eine «aristokratische Demokratie», also eine Oligarchie ist.)

«Laut der National Security Strategy bestimmen die USA, was richtig ist – angeblich nur zum Wohle aller und für die Demokratie. In keiner Zeile steht, dass internationale Probleme auf Basis der UNO durch Gespräche auf gleicher Augenhöhe zwischen den Staaten gelöst werden sollen. Die UNO hat in den Augen der USA keine aktive leitende Rolle. Damit beschreiben die USA ihre Hegemonie und ihren Imperialismus selbst, natürlich ohne dieses Wort direkt zu verwenden.»

### Zusammenfassung

Der Versuch, so Thomas Meyer, anhand der vier Kriterien einen Imperialismus Russlands zu finden, habe einen solchen jedoch nirgend ausfindig machen können. Auch beim Lesen von Artikeln und Kommentaren über russischen Imperialismus, die es in grosser Zahl gebe, habe er bisher nichts entdecken können. Diese hätten immer aus Stimmungsmache und herbeigeschriebener Emotionalität bestanden. Fakten habe er nicht gefunden.

**«Deshalb muss ich den russischen Imperialismus als eine Propaganda-Erfindung einstufen. Da diese über Jahrzehnte aufgebaut und ständig wiederholt wurde, schlich sie sich als scheinbare Realität in das Bewusstsein der Menschen ein. Die USA projizieren ihren eigenen Imperialismus auf Russland, um ihn zu verbergen.»**

Auch das militärische Eingreifen Russlands in der Ukraine war kein imperialistischer Akt, wie die genaue Kenntnis der Vorgeschichte zeigt. Auch diese wird in dem verdienstvollen Buch von Thomas Mayer objektiv dargestellt.<sup>3</sup>

### Fazit

Die ständig wiederholten Behauptungen der in Deutschland herrschenden Parteipolitiker und ihrer medialen Lautsprecher, der russische Präsident Putin strebe nach imperialistischer Ausdehnung Russlands und schmiede nach dem Einfall in die Ukraine auch Angriffspläne gegen die osteuropäischen NATO-Länder, sind gigantische Propaganda-Lügen. Sie dienen der teuflischen Bewusstseinsmanipulation der Bevölkerung, um sie für einen Krieg der USA-geführten NATO gegen Russland bereit und angst- und hasserfüllt gefügig zu machen. Einen Grund «zurückschlagen» zu müssen, lässt sich immer provozieren.

Wie vor jedem Krieg spielen auch jetzt wieder die Medien ihre kriegsvorbereitende und kriegshetzende Rolle. Ohne ihre verruchte Macht über das Bewusstsein der meisten Menschen wären solche Kriegs-Inszenierungen nicht möglich. Denn die Völker wollen keinen Krieg, sondern ein friedliches Zusammenleben. Das Agieren der Mainstream-Medien vor und während der Kriege ist mindestens ebenso verbrecherisch wie das Handeln der unmittelbar verantwortlichen Politiker und obersten Militärs.

**«Die gefährlichsten Massenvernichtungswaffen sind die Massenmedien»,** schrieb daher M.A. Verick. Sie müssen als solche entlarvt werden.

1 Siehe: *Die USA haben die russische Militäroperation bewusst provoziert ... Benjamin Abelow: Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte*

2 Siehe näher: <https://www.thomasmayer.org/buecher/wahrheitssuche-im-ukraine-krieg/presse>

3 Siehe auch: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/14/kiew-beschloss-2019-minsk-ii-nicht-umzusetzen-und-bereitete-sich-auf-krieg-mit-russland-vor/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2024/02/09/die-luge-vom-russischen-imperialismus-als-vorwand-fur-neue-kriegsrustungen/#>

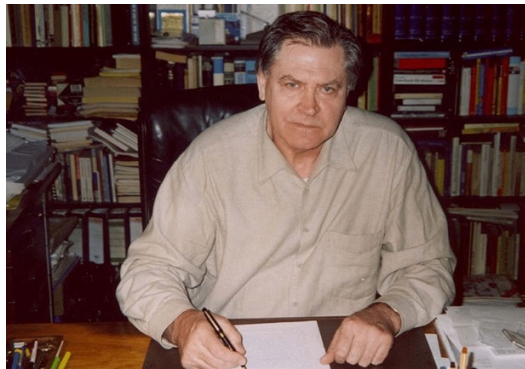
## «Putin ähnelt für mich bis aufs Haar Hitler»

Von: Wolfgang Bittner, 7. Februar 2024

Wolfgang Bittner ist ein bekannter deutscher Schriftsteller und einer, der sich die Freiheit nimmt, den Krieg in der Ukraine aufgrund der historischen Fakten zu beurteilen und nicht, wie viele unbedarfte Schreiberlinge in Deutschland und in der Schweiz,

(Red.) Zur Einordnung dieses Briefwechsels schreibt Wolfgang Bittner: «Aus der Zeit, als ich Gastprofessor in Polen war, gibt es noch einige Kontakte. Sie sind leider brüchig geworden, weil die Indoktrination der Bevölkerung auch vor den Türen der polnischen Universitäten nicht Halt macht. Nun habe ich in den vergangenen Wochen mit einem ehemals guten Bekannten korrespondiert, der leider ebenfalls der US-gesteuerten Propaganda gegen Russland und für die Ukraine erlegen ist. Der Debattenraum ist immer enger geworden; insofern ist unser Briefwechsel nicht nur eine Seltenheit, sondern in dieser unterschiedlichen Wahrnehmung der gegenwärtigen politischen Situation auch exemplarisch. Was mein Briefpartner äussert, höre und

lese ich in ganz ähnlicher Weise auch von anderen polnischen (oder auch deutschen!) Bekannten, die einfach die US-Sicht verbreiten.»



**Ein polnisch-deutscher Dialog zur politischen Lage – der Briefwechsel eines polnischen Wissenschaftlers mit dem deutschen Schriftsteller Wolfgang Bittner.**

Lieber Wolfgang, Polen, 24. Dezember 2023  
 wir haben voneinander lange Zeit nicht mehr gehört. Schön, dass Du diese Funkstille zu Weihnachten unterbrochen hast. (...)  
 Wie geht es Dir? Verbringst Du Deine Zeit produktiv (schriftstellerisch tätig)?  
 Eine erfreuliche Nachricht: Die Wahlen in Polen, die die PIS-Partei von der Macht entfernt haben. Du glaubst nicht, wie der Grossteil von Polen darauf gewartet hat und wie enthusiastisch viele Polen darauf reagiert haben. Ich glaube, auch für das ganze demokratische Europa war der Sieg der demokratischen Kräfte in Polen etwas Ersehntes und Hoffnungsfrohes.  
 Verfolgst Du die politische Situation in Polen?  
 Ich grüsse Dich ganz herzlich  
 Tomasz

Lieber Tomasz, Göttingen, den 27. Dezember 2023  
 wir sind wohlauf und haben ruhige Weihnachten verlebt. Sorgen macht uns – schon länger – die politische Lage, sowohl in Deutschland und Europa als auch in der Welt. Dass bei euch die PIS-Partei, die unter anderem Wahlkampf gegen Deutschland gemacht hat, abgewählt wurde, hat uns gefreut. Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland hat sich sehr abgekühlt (auch meine guten Kontakte sind zum Teil abgerissen). Wie es in Polen weitergeht, bleibt abzuwarten.  
 Die Demokratie bröckelt in ganz Europa, so auch in Deutschland, und ich bin als Schriftsteller und Publizist direkt betroffen. Da ich mich mit der Ukraine seit 2014 intensiv beschäftige, habe ich zum Ukraine-Krieg gesagt und geschrieben, dass er vermeidbar gewesen wäre und dass für den «Stellvertreterkrieg» keine Milliarden gezahlt und Waffen geliefert werden sollten. Das hat mir Diskriminierung eingebracht. So werde ich als Verschwörungstheoretiker und «Putinversteh» beschimpft und meine Bücher werden boykottiert.  
 Die Berliner Regierung und unsere Leitmedien sind vollkommen unkritisch auf Seiten der USA, die auf der ganzen Welt Chaos, Krisen und Krieg verbreiten. Aber das wird offenbar auch in Polen anders gesehen. Wie ich lese, rüstet auch Polen gegen Russland auf. Überall wird aufgerüstet statt abgerüstet, und die Diplomatie funktioniert nicht mehr. Die Zukunft scheint in einem technologisch perfekt organisierten Totalitarismus zu liegen, viele Menschen verarmen und verkümmern, aber für das Militär ist genügend Geld da. Ich befürchte, dass es schrecklich enden könnte. Die Menschen wollen in Frieden leben, aber das wird ihnen verwehrt. Was meinst Du, lieber Tomasz, sehe ich das zu schwarz oder sogar falsch? Ich würde mir wünschen, ich könnte die Situation positiver beurteilen.  
 Für heute sende ich Dir herzliche Grüsse und gute Wünsche  
 Wolfgang  
 PS: Renate geht ab und zu zum Bismarckturm auf dem Berg, wo ihr mal gemeinsam wart, und sie wird von dem Turmhüter jedes Mal nach dem «polnischen Professor» gefragt, damit bist Du gemeint.

Lieber Wolfgang, Polen, 5. Januar 2024  
 die Sache mit Russland gehört sicherlich nicht zu den einfachsten. Allerdings sehe ich die Dinge anders als Du. Putin ähnelt für mich bis aufs Haar Hitler, mit dem «kleinen» Unterschied, dass Hitler von anderen europäischen Ländern quasi alles erlaubt wurde (wollte er Tschechoslowakei – bitte sehr, wollte er Saarland und Rheinland – bitte sehr, wollte er Österreich – «bedienen Sie sich bitte») und dem Appetit von Putin hingegen ein Ende gesetzt wurde (nach der wilden und straffreien Übernahme von Krim und östlichen Provinzen der Ukraine – Donbas).

Putin hatte alle Karten in der Hand gehabt, konnte durch seine geschickte Politik fast das ganze Europa mit Gas versorgen (und dabei politisch erpressen). Mit Deutschland sogar hinter dem Rücken der EU Gaspipelines (Nordstream I und II) – u.a. gegen Interessen von Polen – entwickeln. Man kann zynisch sagen, dass dank dem Krieg gegen die Ukraine das wahre Gesicht von Putin endlich erkannt werden konnte und dass dieser Krieg das Europa zum Glück wachrüttelte. Europa hat somit verstanden, dass man die Ukraine nicht preisgeben kann, denn die Ukraine ist Vorspeise. Wenn sie besetzt wäre, würden andere Länder (auch Polen) in die Speisekarte von Putin gelangen.

Ich kann auch nicht die Leute verstehen, die nach dem sowjetischen Angriff auf die Ukraine das Weggucken vorziehen (als Beispiel der Emma-Brief, unterzeichnet u.a. von Martin Walser). Vielmals hat man in der europäischen Geschichte weggeguckt (z.B. als Juden ermordet wurden). Schluss mit dieser Politik, der Tausende von unschuldigen Menschen zum Opfer fallen. Schon selbst aus Gründen der Humanität muss man mit diesen Menschen solidarisch sein, muss man sie unterstützen und sich mit ihnen gegen das Böse wappnen.

In der Absage an Putin und in der umfangreichen Hilfe für die Ukraine bin ich radikal. Sagen wir das offen: Putin und sein Grössenwahn haben einen langen und stabilen Frieden in Europa zerstört. Nicht die Ukraine, die ihren eigenen (souveränen) Weg wählen und gehen will, ist schuld, sondern Putin, der den Zaren aus alten Zeiten gleich für sich das Recht beansprucht, über andere frei zu verfügen, über andere zu entscheiden, die Länder und Völker wie Hunde zu betrachten, die an der Leine zu führen sind und denen gegebenenfalls ein Maulkorb angelegt werden soll. Ich sage solch einer Verhaltens-, Denk- und Handlungsweise eindeutiges Nein. Für solch ein Denken soll es im 21. Jh. in Europa keinen Platz geben.

Lieber Wolfgang, ich hoffe, Du nimmst mir meine Ehrlichkeit und Entschiedenheit nicht übel.

Ich grüsse Dich herzlichst

Tomasz

Lieber Tomasz,

Göttingen, den 23. Januar 2024

das Verhältnis der westlichen Allianz zu Russland ist auch nach meiner Meinung nicht ganz einfach zu bewerten. Nachdem ich mich seit 2014 damit beschäftige und vier Bücher dazu veröffentlicht habe, komme ich zu anderen Schlüssen als Du. Auch wenn die Medien und unsere führenden Politiker eine andere Meinung – die Washingtons und der Nato – verbreiten und Polen dabei völlig kritiklos mitgeht. Auch halte ich einen Vergleich Putins mit Hitler für unbrauchbar. Putin wurde schon vor dem von den USA initiierten Putsch in der Ukraine und noch mehr danach systematisch als Faktor in der internationalen Politik abgebaut und schliesslich geächtet. Man kann über Putin sagen, was man will, aber ich habe über Jahre hinweg die Polemik, Diskreditierung und Propaganda mitverfolgt. Wenn man sich mal – ohne Emotionen – in die Lage Russlands versetzt, ist es doch selbstverständlich, dass sie keine Raketenstellung an ihren Grenzen haben wollen, von wo aus Moskau in fünf Minuten zerstört werden könnte. (Die USA würden niemals russische Raketenstellungen in Mexiko dulden.)

Übrigens war Polen 1938 an der Zerteilung der Tschechoslowakei neben Deutschland beteiligt. Vorab wurde gemeinsam entschieden, wer welche Teile Tschechiens bekommen sollte. Polen okkupierte dann einen Tag nach dem Einmarsch Nazi-Deutschlands in die Tschechoslowakei das Olsa-Gebiet (Teschener Land). Und Oberschlesien wurde 1922 unter Missachtung des Ergebnisses der Volksabstimmung durch den Völkerbund zugunsten Polens geteilt. Mit Hitler sind eher andere Grossmachtdiktatoren wie General Franco, Mussolini oder auch der in Polen verehrte Marschall Pilsudski zu vergleichen. Letzterer hat bekanntlich Interventionskriege gegen Nachbarländer geführt und seine politischen Gegner ermorden lassen. Und was die Judenermordung betrifft, sagte der damalige polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, bei einem Gespräch mit Hitler am 20. September 1938: «... Für die Lösung der jüdischen Frage werden wir [also Polen] ihm ... ein schönes Denkmal in Warschau aufstellen.»

Es ist also alles viel komplizierter, als es in den Schulbüchern steht oder befangene und unwissende Politiker sagen. Das trifft auch auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine zu. Die USA haben 2014 die Hand auf die Ukraine gelegt und mit den dortigen Nationalisten und Faschisten, die auch im Parlament sitzen, Feuer vor der Haustür Russlands gelegt. Seither brannte die Lunte, bis es 2022 zum Kriegseintritt kam. Der Krieg hätte verhindert werden können, wenn die Ukraine neutral geblieben wäre, und darüber hat Putin bis sieben Tage vor dem Einmarsch versucht, mit Joseph Biden zu verhandeln, aber er wurde einfach ignoriert, denn der Krieg war von den USA geplant und vorbereitet. Ich habe das alles mit der Bemühung um Objektivität genauer untersucht und füge den Link zu einem Auszug aus meinem Buch «Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise» bei:

Schwerverständlich und schwer nachzuvollziehen, wenn man die Hintergründe und die Einzelheiten der geopolitischen Lage nicht kennt. Dazu müsste man meine Bücher lesen. Russland war dabei, seine Wirtschaft aufzubauen und hat überhaupt kein Interesse an einem Krieg noch an Interventionen in den baltischen Staaten oder Polen – das ist reine Propaganda. Putin hatte mehrmals wirtschaftliche Kooperation mit Westeuropa angeboten, aber das wurde von den USA verhindert; zurzeit ruinieren sie Europa, insbeson-

dere Deutschland, wie wir hier deutlich merken. Und Russland orientiert sich zum Schaden Westeuropas notgedrungen nach China und den asiatischen Ländern, obwohl es engen Kontakt mit Westeuropa suchte. Es ist entsetzlich, was sich abspielt, lieber Tomasz, insbesondere in der Ukraine, und es kann ja nicht schaden, mal eine andere Sichtweise (mit entsprechenden Belegen) zur Kenntnis zu nehmen. Auch wenn ich Dich wahrscheinlich nicht überzeugen kann, dazu sind die Einflüsse, die auch Emotionen hervorrufen, zu stark.

Nach wie vor mit allerherzlichsten Grüßen

Wolfgang

PS: Ich stehe übrigens wegen meiner Veröffentlichungen auf einer Todesliste der Ukraine, soviel zur dortigen «Demokratie».

Lieber Wolfgang,

Polen, 24. Januar 2024

teilweise kann man Deinen Thesen zustimmen. Aber nur teilweise.

Die Perspektive, die Du einnimmst, verharmlost Putin, macht ihn menschlich(er). Ich bin gespannt, ob die russische Opposition (z.B. Navalny) Deine liebevollen Worte und Ansichten über Putin teilen würde.

Die Auslandspolitik kann noch verwirrt machen, aber die inländische Politik kann nicht täuschen, lässt keine Zweifel daran, mit wem wir zu tun haben. Einige Fragen an Dich:

Gibt es unabhängige Medien in Russland?

Darf sich die Opposition in Russland betätigen?

Was passiert, wenn Menschen in Russland den Krieg in der Ukraine der Realität entsprechend «den Krieg» nennen?

Warum Tausende von jungen Russen in den letzten 2 Jahren aus Russland geflohen sind? (Wohl nicht, weil Russland unter der Herrschaft von Putin ein Traumland ist.)

Wer steht hinter den politischen Morden (z.B. an unabhängigen Journalisten) in Russland in den letzten 10–15 Jahren?!

Und noch eine private Frage: Kannst Du dir vorstellen, nach Russland umzuziehen und dort zu leben? Ich glaube, diese Frage muss man beantworten, um zu wissen, mit welchem Land (z.B. mit welcher Haltung den Menschenrechten gegenüber) man zu tun hat.

Man läuft Gefahr, wenn man Putin verharmlost. Er ist ein alter Fuchs, rücksichtslos (nicht ohne Bedeutung ist die Tatsache, dass er lange Zeit ein KGB-Agent war), zynisch, unberechenbar und zu Allem bereit. Sich mit ihm zu verbünden, hat für mich die Bedeutung von Fausts Pakt mit dem Teufel.

Die demokratische Welt findet nie die gemeinsame Sprache mit jemand, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verachtet. Putins Annäherung an China ist in diesem Kontext vielsagend: Der eine hier traf auf sein gleich denkendes und handelndes Gegenüber dort.

Herzlichst

Tomasz

Lieber Tomasz,

Göttingen, den 25. Januar 2024

auf Deine Fragen möchte ich Dir antworten und mir etwas Zeit dafür nehmen. Zunächst zu Navalny. Ich bin der Überzeugung, dass es sich bei der angeblichen Vergiftung um eine Geheimdienstaktion gehandelt hat. Hätte er wirklich vergiftet werden sollen, wäre er tot. So aber wird dieser inzwischen bemitleidenswerte Einflussagent, der an der US-Eliteuniversität Yale/Connecticut eine mehrmonatige Schulung als «Regime-changer» absolviert hat und mit Geldern unterstützt wurde, wirkungsvoll als Vorzeigeoppositioneller und Opfer Putins benutzt. Übrigens erhielten eine ähnliche Unterweisung als «globale Führungskraft» im «Yale World Fellows Program» der Ukrainer Arsenij Jazenjuk, der Georgier Micheil Saakaschwili, die Litauerin Dalia Grybauskaitė, der Venezolaner Juan Guaidó und andere US-Einflussagenten. Auch deutsche Politiker wurden in den USA entsprechend geschult – soweit das überhaupt nötig war. Aber solche Hintergründe bleiben zumeist verborgen. Deshalb habe ich das in meinem Buch «Deutschland – verraten und verkauft» aufgegriffen.

Zu den unabhängigen Medien ist zu sagen, dass wir sie in Deutschland auch nicht haben. Wie auch viele meiner den USA und der Berliner Regierung kritisch gegenüberstehenden Kollegen, kann ich seit meinen politischen Veröffentlichungen nicht mehr in den etablierten deutschen Medien veröffentlichen und auch mein literarisches Werk wird boykottiert. Nicht wenige müssen mit Hausdurchsuchungen, Gerichtsverfahren und sonstigen Zwangs- und Einschüchterungsmassnahmen rechnen. Es gibt keine echte Opposition, wenn man von einigen alternativen Publizisten und Internetmedien – sowie, ja, der AfD – absieht, deren Programm ich in einigen wesentlichen Punkten ablehne. Wie Du vielleicht mitbekommen hast, soll die AfD möglichst verboten werden, obwohl sie momentan 24 Prozent der Wähler hinter sich hat. Eine Partei, die nicht passt, soll also mit dem weitgehend vorgeschobenen Argument, sie sei faschistisch, von faschistoiden und US-affinen Kräften eliminiert werden.



Dazu muss man wissen, dass in Deutschland nichts Wichtiges ohne Washington passiert. Die Siegermächte von 1945, die seinerzeit eine bedingungslose Kapitulation durch die Flächenbombardements bis kurz vor Kriegsende erzwungen hatten, sind immer noch präsent. Die Bundesrepublik Deutschland steht unter Kuratel der USA sowie unter latenter Beobachtung Grossbritanniens und Frankreichs, auch wenn das bemäntelt wird und viele es nicht wahrhaben wollen. Wenn man diese Tatsache hinsichtlich der geopolitischen Situation, in der wir uns befinden, bedenkt, wird vieles klarer: Washington hat erhebliche Möglichkeiten, Druck auszuüben und auf Entscheidungen der deutschen Regierung einzuwirken, was ständig zu beobachten ist, zum Beispiel bei der Sprengung der Ostsee-Pipelines, der grenzenlosen Unterstützung der Ukraine und der verheerenden Aggressionspolitik gegenüber Russland. Deutschland (wie auch die EU) wird als Konkurrent der USA ausgeschaltet und ruiniert.

Du fragst weiter, warum Tausende von jungen Russen aus ihrem Land geflohen sind. Sicherlich nicht, weil Russland nicht ihr Traumland ist, sondern weil sie dem Militärdienst entkommen wollten. Das Gleiche trifft auf Tausende junge Ukrainer zu. Allerdings werden ukrainische Flüchtlinge, darunter auch Angehörige des faschistischen Asow-Regiments und ähnliche Faschisten, in Deutschland gut mit einer Grundsicherung versorgt, und zwar auf Kosten der hiesigen Bevölkerung, für die Mieten, Krankenversorgung usw. erheblich teurer geworden sind, ganz zu schweigen von den Lebensmittelpreisen. Ukrainische Flüchtlinge könnten problemlos im Westen dieses riesigen Landes in Refugien unterkommen, die dann vom Westen finanziert werden könnten. Das ist aber politisch nicht gewünscht.

Zu den politischen Morden, die im Westen wie im Osten, in Russland wie in den USA oder in Europa vorkommen, stehen natürlich Geheimdienste, die nach politischen Vorgaben handeln. Das wissen wir doch, seit Lumumba, Allende, Kennedy, Martin Luther King, Papst Johannes Paul I, Olaf Palme, Ytzhak Rabin, Jassir Arafat und viele andere Hoffnungsträger ermordet wurden. Wer aufmuckt, wird – so oder so – ausgeschaltet. Über Putin möchte ich mich nicht auf eine ausufernde Diskussion einlassen. Er ist für die Amis und damit auch für ihre Verbündeten/Vasallen der Todfeind Nr. 1, weil er Russland – trotz der beschädigenden Sanktionen – vor der Vereinnahmung durch die Wirtschafts- und Finanzeliten des Westens, insbesondere der USA und Grossbritanniens, bewahrt, die auf die Ressourcen Russlands aus sind (wäre unter Jelzin beinahe gelungen). Dementsprechend findet seit Jahren in Politik und Medien eine systematische Hetz- und Verleumdungskampagne gegen Putin statt. Gegen diese Indoktrination ist zurzeit nicht anzukommen.

Soweit meine Antwort auf Deine Fragen, lieber Tomasz. In Russland will ich nicht leben, sondern in Deutschland (evtl. auch in Kanada, das sich aber unter Justin Trudeau zum Nachteil verändert hat). Abgesehen von der Teuerung, die durch Kriege, Chaos und Aufrüstung verursacht wird (ausgehend zumeist von den USA), kann man dort wie hier einigermaßen leben, wenn man sich angepasst verhält. Aber da ich das aus einigen der genannten Gründe und weil alles im Westen derzeit in eine faschistische Richtung treibt, nicht tue, wird es mir immer schwerer gemacht hier zu leben. Du wirst das wohl kaum nachvollziehen können und für übertrieben halten, du glaubst noch an die Demokratie, die es nicht mehr gibt. Aber ich leide schon seit mehreren Jahren unter diesen Verhältnissen, die mich ernsthaft gefährden und mir mein Alter verdunkeln.

Mit herzlichen Grüßen

Wolfgang

PS: Hier findet eine Kriegspropaganda statt, wie ich es als «Kriegskind» bis vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte: Von Baerbock «Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland», Pistorius' «Wir müssen kriegstüchtig werden» über die «t-online»-Schlagzeile: «Wir könnten bald Krieg mit Russland haben» bis zur Erklärung des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, des niederländischen Admirals Rob Bauer: «Wir bereiten uns auf einen Konflikt mit Russland ... vor. Wenn sie uns angreifen, müssen wir bereit sein.» Usw. usw.

Es wird unterstellt, dass Russland Westeuropa angreifen will, was jeglicher Realität entbehrt, gezielte US-Propaganda und unsinnig ist. Die grosse Mehrheit der Menschen, der sogenannte globale Süden, lässt sich die Bevormundungen und die Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen. Die USA sind bald am Ende, aber wenn sie fallen, werden wir mitgezogen. Siehe auch Oskar Lafontaine, ehemaliger saarländischer Ministerpräsident, Minister und SPD-Kanzlerkandidat – hier.

Lieber Tomasz,

Göttingen, den 4. Februar 2024

ich freue mich, dass wir uns so offen austauschen konnten. Wollen wir das erstmal so stehen lassen?

Der Debattenraum ist ja immer enger geworden, insofern ist unser Briefwechsel nicht nur eine Seltenheit, sondern in dieser unterschiedlichen Wahrnehmung der gegenwärtigen politischen Situation auch exemplarisch. Wärest Du damit einverstanden, wenn unser Austausch in einem Internetforum oder einer Zeitschrift veröffentlicht würde?

Meine Ansichten liegen sowieso offen, sie sind zum Beispiel in meinen Büchern nachlesbar. Deinen Anteil könnte ich anonymisieren, falls Du denkst, dass Du Probleme bekämost. Meines Erachtens wäre es wichtig, die unterschiedlichen Sichtweisen gerade in der jetzigen Zeit deutlich zu machen. Es würde sicherlich ande-

re Menschen ermutigen, sich ebenfalls – und sei es privat – mit den gegenwärtigen Problemen auseinanderzusetzen. Was meinst Du dazu?

Herzliche Grüsse

Wolfgang

Lieber Wolfgang,

Polen, 4. Februar 2024

Du hast recht, dass es wichtig ist, erstens seine Ansichten, Überzeugungen friedlich austauschen zu können, aber nicht weniger wichtig, und das zweitens, dass man sich auch darin unterscheidet.

Wie gesagt, ich bin nicht ganz gegen Deinen Standpunkt. Ich glaube, einige Fehler hat der Westen Russland gegenüber doch begangen. Diese Fehler jedoch rechtfertigen keinesfalls das, was Putin beschlossen und gemacht hat. Den Krieg auszurufen, ein anderes Land besetzen zu wollen, Städte und Dörfer zu bombardieren, das darf man in keinerlei Hinsicht tun. Niemand in der Welt hat darauf ein Recht.

Ich glaube, am schnellsten würde man es verstehen, wenn man selber davon betroffen wäre. Für einen Deutschen würde es heissen: Würde ich es mir gefallen lassen, würde ich Putins Handlungen für berechtigt halten, falls er mein Land erobert hätte?! Für viele Menschen in der Welt sieht es leider so aus: Die Ukrainer können/sollen sterben, solange ich meinen Tee ungehindert weiter trinken kann. Aber ich, rein menschlich, kann diesen Ereignissen nicht passiv zugucken, wenn dort Menschen ums Leben kommen.

Wenn Du meinst, unser Meinungs Austausch könnte etwas bewirken und hat eine Qualität, die es erlaubt, dass er publik gemacht werden kann, dann kannst Du es für Dritte (Interessierte) zugänglich machen. Ich willige darin ein. Aber vielleicht doch anonym – ich möchte nicht z.B. der Hassrede zum Opfer fallen (falls jemand meine Ansichten nicht teilen sollte).

Ich grüsse Dich herzlich

Tomasz

**Anmerkung:** Christian Müller, Herausgeber von Globalbridge.ch, promovierter Historiker und seit vielen Jahren aufmerksamer Beobachter der Ukraine, Russlands und der NATO, inkl. etlichen Reisen nach Russland (seit 1986), in die Ukraine (seit 2006) und zum Beispiel auch auf die Krim – vor und nach deren Wiedervereinigung mit Russland – kann die Argumentation von Wolfgang Bittner nur unterstützen. Die ganze gegenwärtige Tragödie begann in den 1990er Jahren, als Michail Gorbatschow den Kalten Krieg einem gemeinsamen Frieden zuliebe beendigte, die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichte, den Warschauer Pakt auflöste und die sowjetischen Truppen aus der DDR abzog und die dortigen militärischen Infrastrukturen abbaute, während die NATO zur Selbstlegitimierung – um ihre Weiterexistenz zu rechtfertigen, brauchte sie ja einen «Feind» – sich nicht auflöste, sondern sich im Gegenteil sogar Richtung Russland massiv ausdehnte und mit der ukrainischen Armee mit dem Ziel der «Interoperability» eng zusammenarbeitete, und die USA ihre Militärbasen inkl. Atombomben in Deutschland (und auch in Italien) aufrechterhielten und in Polen und Rumänien sogar neue Raketenbasen installierten. Wolfgang Bittners Argumentation in diesem freundschaftlichen Briefwechsel mit seinem polnischen Freund ist absolut richtig. (cm)

Quelle: <https://globalbridge.ch/putin-aehnelt-fuer-mich-bis-aufs-haar-hitler/>

**Anmerkung Billy:** Dieser Artikel-Briefwechsel beweist einmal mehr, dass bei den Erdlingen Parteilichkeit vorherrscht und nicht völlig neutral und meinungslos «gedacht» sondern scheinend partiell eine Meinung ergriffen und als «Überzeugung» bedenkenlos sowie verantwortungslos auf die Menschen losgelassen wird. Einseitig wird nur auf Putin herumgehackt, während von der Ukraine wohl die Rede ist, jedoch nicht von Selensky, der gleichermassen ein Kriegsfanatiker und Kriegsverbrecher wie jeder überhaupt ein Verbrecher in seiner Gesinnung ist, der einen Krieg führt. Also gehören nicht nur Putin bezüglich seines Verbrechens bezüglich der Kriegsführung an den Pranger gestellt, sondern auch Selensky und alle jene, welche Sympathisanten sind, die Waffen, Munition und Geld für den Ukrainekrieg liefern, und zwar ganz egal auf welche Seite. Wer also mit irgendeiner kriegsführenden und daher mordenden Seite sympathisiert, ist nicht nur partiell, sondern macht sich zudem des Mordes und des Verbrechens schuldig. Dieserart wirklich nur scheinend zu sein, dabei nicht wahrlich und völlig wirklichkeitsgemäss neutral die Realität zu sehen, zu erkennen und diese nach der effektiven Wahrheit unparteiisch zu beurteilen, zu entscheiden, was richtig ist sowie demgemäss zu handeln, ist unmöglich. Wer aber trotzdem alles befürwortend und für die eine oder andere Seite Partei ergreift und womöglich noch hilfeleistend Unrecht beeinflusst – wie bei Kriegshilfe irgendeiner Art –, der ist des Mordes, der Zerstörung, Vernichtung und des Verbrechens schuldig, wie die eigentlichen Urheber, die den Krieg ausgelöst haben, diesen übernehmen und gegenseitig führen. Also ist es falsch, wenn die eine Partei, eine Person oder eine Organisation partiell verdammt oder hochgejubelt wird, wie z.B. Putin oder Selensky, Netanjahu, die Führer der Hamas, der Huthi, die Amerikaner oder die Mörderorganisation NATO. Allesamt, die Urheber, die Teilnehmenden, Ausführenden/Handelnden, Helfenden und auch die Sympathisanten sind in ihrer Gesinnung jedenfalls allesamt Mörder und Verbrecher. Allesamt diesen, die ganz offensichtlich

weder neutral, sondern nur parteiisch zu scheindenken vermögen – offenbar noch religiös oder weltlich gläubig und folglich nicht beurteilungsfähig sind – geht Logik, Verstand und Vernunft ab. Sie sind allesamt wirklich nur Scheindenkende, denen allen als wirre parteiische Verehrende sowie Hilfeleistende aller Sinn für Rechtschaffenheit, Verantwortung, wahres Menschsein und Neutralität fremd ist, folglich sie überhaupt nicht wissen, was die Werte von Gerechtigkeit und Neutralität wahrhaftig sind. So sind die Hilfeleistenden und Sympathisierenden für Kriege ebenso Schuldige in Hinsicht jedem durch Kriegshandlung und politisch begangenen Mord, jeder Vergewaltigung, Verschleppung, Folter, Zerstörung und Vernichtung usw., und zwar ganz egal dessen, was auch immer an Hilfe für die Kriegsführung geleistet wird, ob es Waffen, Munition oder Kriegsmaschinen sind, Fluggeräte aller Art oder Sympathie usw. Alles und jedes jeder Kriegshilfe, wie auch die Parteilichkeit für eine Kriegsseite – egal ob für die Angriffs- oder die Verteidigungspartei – ist diesbezüglich verbrecherisch, denn nur ein absolutes gedankliches und handelndes Neutralverhalten ist des Rechts und eines wahren Menschen würdig. Dies, wobei jedes gegenteilige befürwortende Scheindenken, jeder Glaube, jedes Entscheiden, Handeln und Verhalten, wie auch das Sympathisieren zu Gunsten einer Kriegspartei oder sonstigen Streitpartei nur die volle Schleimigkeit, Unrechtschaffenheit, wie auch die Verkommenheit der Gesinnung desjenigen Menschen offenbart, dessen Scheingedanken, Sympathie und das Handeln unrechterweise parteiisch und folglich falsch ausgerichtet sind.

Billy

## Wie schlecht Sie Israel auch finden, es ist noch schlimmer

Von Caitlin Johnstone, T.H.G., Februar 6, 2024



Adobe Stock

Egal, für wie schlimm man Israel hält, man kann immer sicher sein, dass später Informationen herauskommen, die beweisen, dass es noch schlimmer ist.



Es hat sich herausgestellt, dass die IDF einen Telegram-Kanal betreibt, der selbstgemachte Snuff-Filme zeigt, in denen Gazaner von israelischen Streitkräften brutal ermordet werden, mit Untertiteln, die das Blut und den Schmerz zelebrieren, wie z.B. «Die Verbrennung ihrer Mutter... Ihr werdet das Video nicht glauben, das wir bekommen haben! Ihr könnt ihre Knochen knirschen hören.» Die IDF hatten zuvor jegliche Verbindung zu dem Kanal geleugnet, aber Haaretz berichtet nun, dass er direkt von einer IDF-Einheit für psychologische Kriegsführung betrieben wurde.

Dies ist einer der vielen, vielen Fälle, in denen Israel so furchtbar ist, dass man zunächst nicht sicher ist, was man da sieht. Man denkt, man müsse den Bericht falsch lesen. Dann liest man ihn noch einmal und sagt: «Oh wow, das ist ja noch viel schlimmer, als ich vermutet hätte.»

Egal, für wie schlimm Sie Israel halten, Sie können immer sicher sein, dass später Informationen herauskommen, die beweisen, dass es noch schlimmer ist.



Tucker Carlson wurde in Moskau gesichtet, was zu Spekulationen geführt hat, er sei dort, um Präsident Wladimir Putin zu interviewen, und das liberale Kommentatorenkollektiv verliert darüber seinen Verstand. Es gibt keine stichhaltige Grundlage für westliche Bürger, sich dagegen zu wehren, dass Putin von einem westlichen Experten interviewt wird. Es gibt keine moralische Grundlage, weil israelische Beamte während der vier Monate, in denen sie einen aktiven Völkermord verübten, ungehinderten Zugang zu einer äusserst wohlwollenden westlichen Presse hatten. Es gibt keine Grundlage dafür, dass dies den Informationsinteressen der USA schadet, denn das hiesse zuzugeben, dass die Informationsinteressen der USA davon abhängen, der Öffentlichkeit Informationen über so grundlegende Dinge wie die Meinung eines ausländischen Führers über seine eigenen Handlungen vorzuenthalten, und im Grunde zuzugeben, dass die westlichen Medien als Propagandadienste für das US-Militär und die Geheimdienste fungieren sollen.

Jeder mögliche Einwand ist auch ein Geständnis darüber, was das US-Imperium und seine Medien tatsächlich sind.



Amerikaner: Gesundheitsversorgung bitte

US-Regierung: Entschuldigung, haben Sie gesagt, dass Sie Syrien, Irak und Jemen bombardieren, um einen aktiven Völkermord zu begünstigen?

Amerikaner: Nein, Gesundheitsversorgung

US-Regierung: Na gut, Sie verhandeln hart, aber lassen Sie uns Syrien, den Irak und den Jemen bombardieren, um einen aktiven Völkermord zu begünstigen.



Biden lügt eigentlich nicht, wenn er sagt, dass die USA keinen Konflikt im Nahen Osten suchen. Die USA streben die Herrschaft im Nahen Osten an und würden es vorziehen, diese Herrschaft bereitwillig von unterwürfigen Untertanen zu erhalten. Nur wenn sich die Menschen im Nahen Osten weigern, sich zu unterwerfen, kommt es zum Konflikt.



Die USA haben noch nie etwas Gutes für den Nahen Osten getan. Alles, was sie der Region gebracht haben, sind eine Reihe von mörderischen Militäroperationen und die ununterbrochene mörderische Militäroperation des Staates Israel.



Eine Reihe von Militärstützpunkten in Ländern auf der anderen Seite des Planeten einzurichten und dann gegen jeden in den Krieg zu ziehen, der versucht, sie zu vertreiben, ist so ziemlich das genaue Gegenteil davon, wie ein vernünftiges und ethisches Militär eingesetzt werden würde.



Die Aussenpolitik der USA ist im Wesentlichen ein grosser, langer Krieg gegen Ungehorsam. Bombardierung, Regimewechsel, Aushungerung und Destabilisierung jeder Bevölkerung irgendwo auf der Welt, die es wagt, auf ihrer eigenen Souveränität zu bestehen, anstatt sich in die Falten des globalen Imperiums einbinden zu lassen.

Sie nennen verschiedene Teile davon den Israel-Hamas-Krieg, den Irak-Krieg, den Krieg gegen den Terror, aber in Wirklichkeit ist es alles derselbe Krieg: Der Krieg gegen den Ungehorsam. Eine lange Operation, um die Weltbevölkerung zu Gehorsam und Unterwerfung zu brutalisieren, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt



Wenn es um Israel geht, ist der Hauptunterschied zwischen Liberalen und Konservativen, dass Konservative Israel unterstützen, weil sie es mögen, wenn Muslime ermordet werden, während Liberale Israel unterstützen, weil murmel-murmelt etwas Antisemitismus Israel ein Recht hat, sich selbst zu verteidigen, aber wir haben ernsthafte Bedenken über die humanitäre HEY, SCHAUT MAL DA DRÜBEN, DA IST TRUMP!



Wenn der Völkermord in Gaza vor dem Internet stattgefunden hätte, wäre er ein Randthema gewesen, von dem kaum jemand etwas gewusst hätte. Die westliche Presse wäre in der Lage gewesen, exponentiell mehr israelische Verbrechen zu vertuschen, westliche Politiker wären mit viel mehr Lügen über das, was wirklich passiert, davongekommen, israelische Beamte wären weit weniger vorsichtig mit ihren Erklärungen über die völkermörderischen Absichten in ihren eigenen Medien gewesen, und die IDF wäre bei ihrer Ausrottungskampagne weitaus unverhohlener und offensichtlicher gewesen.

Nur weil normale Menschen sehen, was wirklich passiert, gibt es einen weltweiten Aufschrei und eine Verurteilung, die das Imperium in die Schranken weist. Die politische und mediale Klasse tut nie das Richtige, weil sie es will, sie tut das Richtige, wenn sie von normalen Menschen mit gesundem Gewissen dazu gezwungen wird. Das Schicksal der Menschheit hängt von der Fähigkeit der normalen Menschen ab, die Wahrheit frei zu verbreiten.



*Wir werden bald einen Podcast veröffentlichen. Bleiben Sie dran.*

*QUELLE: HOWEVER BAD YOU THINK ISRAEL IS, IT'S WORSE*

*Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-schlecht-sie-israel-auch-finden-es-ist-noch-schlimmer/>*

## Warum die USA nicht mit anderen Weltmächten auskommen können

5 Feb. 2024 07:15 Uhr

**Die amerikanischen Eliten glauben an ihre Demokratie und zugleich, im Ausland müssten Diktaturen herrschen. Deshalb bewegt sich derzeit die Welt in einem sehr gefährlichen Fahrwasser. Der Grundsatz von Souveränität und Gleichberechtigung aller Nationen ist für die USA nur sehr schwer zu verstehen.**

Von Andrei Suschenzow



Die Ukraine ist für die USA ein bequemes und sogar billiges Instrument, um Russland schwächen, einzudämmen und obendrein seine europäischen Verbündeten zu Disziplin und Gehorsam zwingen zu können. All das ist Teil eines internationalen Kampfes um eine neue Form der Hierarchie.

Natürlich ist dies nur ein vorübergehendes Phänomen, bis schliesslich ein neues Kräfteverhältnis von allen anerkannt wird. Aber bis dieser Punkt erreicht ist, werden wir aussenpolitische Experimente verschiedener Staaten erleben. Die Positionen kleiner und mittlerer Staaten rücken zunehmend in das Blickfeld der Grossmächte, die ihrerseits um die Bildung eines neuen Gleichgewichts ringen. Wir sind in einem Moment angelangt, in dem ein kleiner Staat wesentlich mehr für sich selbst verlangen kann, als er es in einem System starrer Hierarchie bekommen würde.

Im Ringen um die Verbesserung seines Platzes in der Welthierarchie sieht sich Russland gut vorbereitet, um seine nationalen Interessen zu verteidigen und eine geopolitische Gerechtigkeit wiederherzustellen. Durch einen solchen Stresstest, wie wir ihn jetzt erleben, werden Realitätsnähe der Bewertungen, die nationalen Qualitäten, Breite der Ressourcen und die Strategieentwicklung auf die Probe gestellt. Im Wesentlichen ist diese Krise ein Test für die Qualität der Strategie aller Beteiligten: Jeder geht mit seinem eigenen, anfänglichen Verständnis in die Krise, wie die Welt wohl aussehe, wie sie funktioniere und wohin der Lauf der Zeit uns führen werde.

Die USA sind der festen Überzeugung, dass Aussenpolitik Teil der Innenpolitik ist. Darüber hinaus ist jede US-amerikanische aussenpolitische Strategie ein Bestandteil interner Kämpfe in den USA. Natürlich verunsichert diese Selbstbezogenheit der USA ihre nahen und fernen Verbündeten und sorgt für Unsicherheit über die Entwicklung der jeweiligen Situation. Ich sehe derzeit keine objektiven Gründe dafür, dass man in Washington, D.C. das Engagement in ukrainischen Angelegenheiten reduzieren will. Die aktuelle Entscheidung, die Finanzierung auszusetzen, ist rein technischer Natur: Höchstwahrscheinlich werden die USA einen Weg finden, die notwendigen Mittel aus einer anderen Quelle abzuzweigen und an die Ukraine zu überweisen.

Die USA eliminieren jegliche Impulse für eine strategische Autonomie Westeuropas und entziehen dem Kontinent erfolgreich seine natürlichen Ressourcen aus Russland. Die USA «verkauften» den Europäern den Ukraine-Konflikt als einen angeblich schnellen Sieg über Russland samt einem leichteren Zugang zu natürlichen Ressourcen in grosser Menge und der Möglichkeit zur Bereicherung würde. Mit zunehmender Dauer des Konflikts begannen aber die relativen Gewinne sowohl für die USA als auch für die Westeuropäer zu sinken. Die Ressourcen, die die Westeuropäer für die eigene Entwicklung bereitstellen könnten, fliessen nun entweder in den Kauf von Energieressourcen – als der wichtigsten materiellen Grundlage jeder wirtschaftlichen Entwicklung – zu überhöhten Preisen oder in die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die Ukraine. Daher glaube ich, dass wir in der Strategie der USA nichts Neues erleben werden. Und da der neuste Entwurf des russischen Haushalts davon ausgeht, dass die militärischen Bedingungen in den nächsten drei Jahren weiterhin bestehen bleiben, glaube ich nicht, dass die USA bereit sein werden, auf ihren Vermögen in Gestalt der Ukraine zu verzichten.

Es gibt noch eine weitere Beobachtung: Die USA halten niemals an einem «fallenden» Vermögenswert fest. Als «Anleger» erkennen sie, wenn sie ihr Geld rasch in etwas anderes investieren müssen. Aber vielleicht wird man auch in Washington irgendwann vom Gefühl her begreifen, dass die Ukraine ein Vermögenswert ist, der ständig Kosten verursacht, aber keinen Mehrwert mehr bietet.

Die USA könnten auch durch eine nicht vorhergesehene Notsituation in einem anderen Teil der Welt dazu veranlasst werden, ihre Unterstützung der Ukraine aufzugeben, weil sie in diesem Moment gezwungen sind, ihre Anstrengungen auf einen anderen Brennpunkt zu konzentrieren. Spontan fallen mir da Taiwan oder die plötzliche Krise in der westlichen Hemisphäre ein.

Die Aussetzung der Finanzierung der Ukraine hätte nicht stattgefunden, wenn Kiew den Beweis einer guten Investition geliefert hätte und so das von den US-Medien gemalte Bild einer «siegreichen Ukraine» und eines «zum Scheitern verurteilten Russlands» der Realität entsprochen hätte. Das Problem für die Ukraine und den Westen besteht jedoch darin, dass die ständige Produktion illusorischer Ideen nicht durch die Realität bestätigt wird. Je grösser die Differenz zwischen Wunschbild und Wirklichkeit ist, desto schwieriger wird es, einen solchen Vermögenswert zu «halten».

Statt positiver Bilder, die mit Sieg und Triumph – also einer guten «Kapitalrendite» – verbunden sind, kommen andere Nachrichten in die Wohnstuben der Bürger: Eine ins Stocken geratene ukrainische Gegenoffensive, Korruptionsskandale, der Versuch des Präsidenten Wladimir Selenskij, Druck auf Verbündete auszuüben und Skandale mit Nazi-Kollaborateuren, in die er direkt verwickelt ist. Die schockierende Episode der Ehrung eines Verbrechers der Waffen-SS aus dem Zweiten Weltkrieg im kanadischen Parlament ist symptomatisch für ein weitaus grösseres Problem.

Im Laufe der Jahrzehnte, als die grosse ukrainische Diaspora in Kanada an Einfluss gewann, verschlossen die USA ihre Augen vor dem Kult um die OUN-UPA in ihren Reihen – der ukrainischen Nationalisten, die mit Adolf Hitlers Deutschland verbündet waren –, um Nazi-Kollaborateure ehren zu können und Kinder in den Schulen antisowjetisch zu indoktrinieren. Die ukrainische Regierung hat längst erkannt, dass es sich

hier bereits um ein im Westen völlig legitimes Phänomen handelt und hat damit begonnen, diesen Kult in ihrer offiziellen Propaganda zu nutzen.

Es gibt trotzdem einige Veränderungen: Zum ersten Mal tadelt man in Washington die Ukrainer, wenn sie mit Provokationen – darunter auch Provokationen im Informationsraum – die Verantwortung für ihre eigenen Verbrechen auf Russland abwälzen wollen. Der Raketenangriff auf zivile Einrichtungen in Konstantinowka, der seltsamerweise mit dem Besuch des US-Aussenministers Antony Blinken in Kiew zusammenfiel, wurde von der ukrainischen Propaganda als ein «russisches Verbrechen» bezeichnet. In Washington, D.C. korrigierte man Kiew geschickt und womöglich zum ersten Mal, indem man darauf hinwies, dass diese Rakete ukrainischen Ursprungs war. Die Tatsache, dass solche Meinungsverschiedenheiten überhaupt entstanden sind, deutet darauf hin, dass die Interessen der USA und der Ukraine zunehmend getrennte Wege gehen könnten. Ich glaube, dass die Eliten in Kiew darüber nachdenken sollten, wie ein «Plan B» für sie aussehen könnte, denn im Moment haben sie alles nur auf eine Karte gesetzt und versperren sich damit jeglichen Weg zu Verhandlungen, zu einem Rückzug oder irgendeinem anderen Szenario.

Ist es möglich, dass der Präsidentschaftswahlkampf in den USA Auswirkungen auf den Ukraine-Konflikt haben könnte? Ich würde eher ein Szenario in Betracht ziehen, das für Moskau keine Besserung in den Beziehungen nach Washington hervorbringt, und ich würde sogar von der Prämisse ausgehen, dass uns das auch egal sein sollte, wer dort im Weissen Haus sitzt. Ehrlich gesagt wiederholen sich die Diskussionen mit den USA über regionale Krisen immer wieder und wandeln auf ausgetrampelten Pfaden. Ich erinnere mich an die Diskussionen zum Konflikt in Syrien, als US-Experten prophezeiten, dass dieser Konflikt starke negative Auswirkungen auf die Innenpolitik Russlands haben werde, dass Russland sogar mit der islamischen Welt in Konflikt geraten würde und dass die Beziehungen zur Türkei, mit Iran und anderen Akteuren in der Region infolge dessen zusammenbrechen werden. Nichts davon ist eingetreten, das waren alles gegenstandslose Spekulationen. Russland handelte in seinem eigenen Interesse und erreichte am Ende ein Optimum für sich.

Es muss auch anerkannt werden, dass die USA immer zynischer werden und viele «Regeln», für die sie einstmals eintraten, selbst nicht mehr einhalten. Wir sehen dies an der Reihe von Terrorakten der Ukraine gegen russische Persönlichkeiten, die auch in Washington nicht verurteilt wurden. Das Thema Terrorismusbekämpfung beispielsweise war einst etwas, das die USA mit Russland verband – Anfang der 2000er Jahre testeten beide sogar die Möglichkeit einer intensiven Zusammenarbeit in der Bekämpfung aus. Aber das ist jetzt alles Geschichte.

Erstens wurde der Austausch mit Russland im Kampf gegen den Terrorismus abgebrochen, obwohl dies ein absolut vitaler Interessensbereich ist, in dem eine Zusammenarbeit äusserst wichtig ist.

Zweitens nutzen die USA solche Gruppierungen, die in Russland zu terroristischen Organisationen erklärt wurden, häufig als eines ihrer Instrumente, um ihre geopolitischen Ziele voranzutreiben. Die USA stellen sich völlig blind und taub gegenüber den terroristischen Aktionen der Streitkräfte, der Regierung und der Sonderdienste in der Ukraine, die offen auf zivile Infrastruktur abzielen und die Zivilbevölkerung terrorisieren. Es ist, als würden die USA bewusst die Augen davor verschliessen – ebenso, wie sie es gegenüber allen Erscheinungsformen von Nazi-Kult in der ukrainischen Politik tun.

Die strukturellen Probleme der USA in ihren Beziehungen zu Russland und anderen grossen Ländern sind folgende: In Washington, D.C. kann und will man sich nicht vorstellen, dass auch jemand anders als sie selbst Menschenwürde und Selbstachtung besitzen könnte und dass andere Staaten ihre eigenen Standpunkte haben. Was die USA in ihrer Innenpolitik ganz gut praktizieren – jeder Stimme Aufmerksamkeit zu schenken, eine diverse Gesellschaft, Rede- und Meinungsfreiheit –, können und wollen sie im Rest der Welt nicht tolerieren. Der Grundsatz von Souveränität und Gleichberechtigung aller Nationen ist für die USA nur sehr schwer zu verstehen.

*Übersetzt aus dem Englischen*

**Andrei Suschenzow ist assoziierter Professor am staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und Programmdirektor beim Waldai-Klub.**

*Quelle: <https://freeassange.rtd.me/international/194819-es-gibt-grund-weshalb-usa/>*

## **Die Kandidaten für die Wahl 2024 schliessen sich Tausenden Ärzten an, die sich gegen die gefährlichen COVID-Spritzen aussprechen.**

*uncut-news.ch, Februar 5, 2024*

«Viele von ihnen verpflichten sich auch, keine Spenden von Big Pharma anzunehmen», sagte die Präsidentin von Americans for Health Freedom, Dr. Mary Talley Bowden.

Mehr als 100 Kandidaten für öffentliche Ämter und fast ebenso viele derzeitige Amtsinhaber in 35 Staaten haben öffentlich erklärt, dass sie überzeugt sind, dass die COVID-19-Impfstoffe im Interesse der öffentlichen Sicherheit «sofort eingestellt werden sollten», so die Gruppe für medizinische Freiheit.

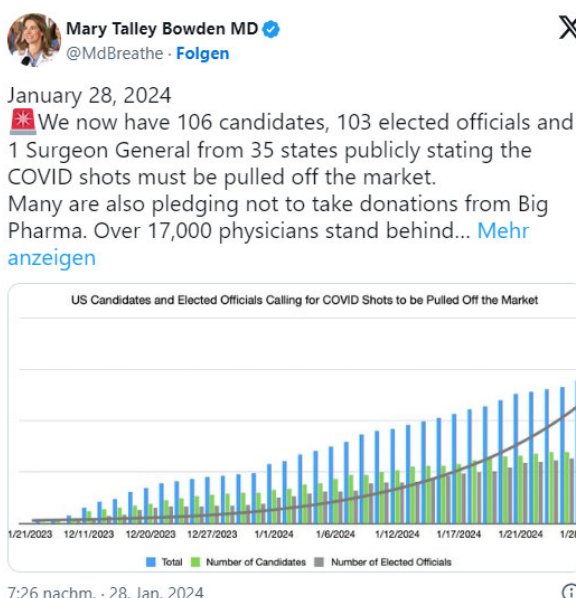
Dr. Mary Talley Bowden, HNO-Ärztin und Schlafmedizinerin und Präsidentin der Gruppe Americans for Health Freedom (AHF), gab am Sonntag bekannt, dass die Zahl der öffentlichen Personen, die die COVID-Erklärung unterzeichnet haben, auf 106 Kandidaten, 103 gewählte Beamte und einen Surgeon General [Dr. Joseph Ladapo aus Florida] aus 35 Staaten gestiegen sei.



shutterstock

«Viele verpflichten sich auch, keine Spenden von Big Pharma anzunehmen», fügte sie hinzu. «Mehr als 17'000 Ärzte stehen hinter ihnen.»

Sie teilte die Liste der neuesten Unterzeichner in ihrem Ankündigungspost auf X (Twitter). Die meisten von ihnen sind Kandidaten auf Bundesebene, aber drei von ihnen kandidieren derzeit für den Kongress.



Die vollständige Liste der Unterzeichner ist auf der Website der AHF zu finden, die auch die Erklärung selbst enthält.

«Wir erklären, und die Daten bestätigen dies, dass die experimentellen gentherapeutischen Injektionen mit COVID-19 gestoppt werden müssen», heisst es darin. «Alle COVID-19 und andere modifizierte mRNA-«Impfstoffe» müssen sofort gestoppt werden. Wir fordern, dass COVID-19-Impfstoffe aus dem Impfplan für Kinder gestrichen werden [...] Wir erklären, dass Schäden durch COVID-19-«Impfstoffe» anerkannt werden müssen. Diejenigen, die durch diese Injektionen geschädigt wurden, müssen entschädigt werden. Es müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Syndrome zu untersuchen und die Entwicklung von Diagnose- und Behandlungsmethoden zu fördern.»

«Wir erklären, dass die Studien von Pfizer, Moderna, BioNTech, Janssen und Astra Zeneca schwerwiegende Mängel aufwiesen und dass sie Patienten und Ärzten Informationen über die Sicherheit und Wirksamkeit vorenthalten haben. Sie sollten für ihre Vernachlässigung wissenschaftlicher Pflichten, die zu zahllosen unnötigen Behinderungen und Todesfällen geführt hat, rechtlich belangt werden», heisst es in der Erklärung weiter. «Wir erklären, dass Regierungen, Medien, globale Regulierungsbehörden und medizinische Agenturen wie CDC, FDA, NIH, NIAID, MHRA, NHS, TGA, SAPRA usw. sowie nicht gewählte internationale Gremien, einschliesslich, aber nicht beschränkt auf WHO, WEF, UN, GAVI und EcoHealth Alliance, zur Verantwortung gezogen werden müssen, weil sie Richtlinien und Verfahren vorgeschrieben und Mittel für eine rücksichtslose funktionelle Forschung bereitgestellt haben, die zu massiven Schäden geführt hat.»

Die öffentliche Gesundheitsbehörde hat sich weitgehend geweigert, die Probleme mit den mRNA-basierten COVID-Impfstoffen von Pfizer und Moderna zu untersuchen, die in einem Bruchteil der Zeit entwickelt und getestet wurden, die normalerweise für Impfstoffe im Rahmen der Operation Warp Speed-Initiative des ehemaligen Präsidenten (und wahrscheinlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 2024) Donald Trump erforderlich ist.

**Das US-amerikanische Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) meldete bis zum 29. Dezember 36'986 Todesfälle, 213'536 Krankenhauseinweisungen, 21'335 Herzinfarkte und 28'052 Fälle von Myokarditis, Perikarditis und anderen Erkrankungen. Eine israelische Studie vom April 2022 zeigt, dass die COVID-Infektion selbst nicht allein für die Herzmuskelentzündungen verantwortlich sein kann, obwohl oft das Gegenteil behauptet wird.**

Die Befürworter der Injektion betonen gerne, dass die bei VAERS eingereichten Berichte unbestätigt sind, da jeder einen Bericht einreichen kann, aber Forscher der US-Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention (CDC) haben eine «hohe Verifizierungsrate von Berichten über Myokarditis bei VAERS nach einer COVID-19-Impfung auf mRNA-Basis» festgestellt, was zu der Schlussfolgerung führt, dass «eine Untererfassung wahrscheinlicher ist» als eine Übererfassung.

Ein Bericht aus dem Jahr 2010, der der Agency for Healthcare Research and Quality (AHRQ) des US-Gesundheitsministeriums vorgelegt wurde, warnte davor, dass VAERS «weniger als 1% der unerwünschten Ereignisse von Impfstoffen» erfasst. Zum Problem der unzureichenden Berichterstattung heisst es auf der VAERS-Website lediglich, dass «schwerwiegendere und unerwartete medizinische Ereignisse wahrscheinlich eher gemeldet werden als geringfügige» (Hervorhebung hinzugefügt).

Im Jahr 2021 beleuchtete Project Veritas einige der Gründe für die unzureichende Berichterstattung mit einem Undercover-Video aus dem Phoenix Indian Medical Center, einer Einrichtung, die im Rahmen des HHS-Programms für den indianischen Gesundheitsdienst betrieben wird. Maria Gonzales beklagt, dass Fälle von Herzmuskelentzündung nicht gemeldet werden, «weil sie es unter den Teppich kehren wollen», und die Krankenschwester Deanna Paris bestätigt, dass sie «viele» Menschen sieht, die «an den Nebenwirkungen» der COVID-Spritzen erkranken, aber «niemand» meldet sie an VAERS, «weil es mehr als eine halbe Stunde dauert, das verdammte Ding zu schreiben».

Ebenso ist VAERS nicht die einzige Datenquelle, die rote Flaggen anzeigt. Daten aus der Defense Medical Epidemiology Database (DMED) des Pentagons zeigen, dass 2021 im Vergleich zum vorherigen Fünfjahresdurchschnitt drastische Anstiege bei einer Reihe von Diagnosen schwerer medizinischer Probleme zu verzeichnen waren, darunter Bluthochdruck (2. 181%), neurologische Erkrankungen (1.048%), Multiple Sklerose (680%), Guillain-Barre-Syndrom (551%), Brustkrebs (487%), Unfruchtbarkeit bei Frauen (472%), Lungenembolie (468%), Migräne (452%), Eierstockfunktionsstörungen (437%), Hodenkrebs (369%) und Herzrasen (302%).

Pfizer, der führende Hersteller des COVID-Impfstoffs, spendete 2022 mehr als 8,5 Millionen Dollar an politische Kandidaten, führende PACs, Wirtschaftsverbände und Parteikomitees, die beide Parteien vertreten, was den Verdacht nährt, warum nur eine Handvoll national prominenter GOP-Amtsträger wie Senator Ron Johnson aus Wisconsin und Gouverneur Ron DeSantis aus Florida gegen den Impfstoff des Unternehmens sind.

QUELLE: 2024 ELECTION CANDIDATES JOIN THOUSANDS OF DOCTORS IN OPPOSING DANGEROUS COVID SHOTS

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-kandidaten-fuer-die-wahl-2024-schliessen-sich-tausenden-aerzten-an-die-sich-gegen-die-gefaehrlichen-covid-spritzen-aussprechen/>

## Offene Debatte nein danke: AfD, WerteUnion und BSW bei Münchner Sicherheitskonferenz unerwünscht

Von: Kurschatten, Februar 4, 2024, 17:05

Was bei CDU/CSU die «Brandmauer», heisst bei anderen selbsternannten Musterdemokraten Schlicht «Grenze» – eine, die im Gegensatz zu den echten Grenzen scharf bewacht und keinesfalls überwunden werden darf. So auch bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz: In vorauseilendem Gehorsam – und natürlich, um nicht in den Anruch der nächsten «Geheimtreffen»-Vorwürfe zu kommen oder gar Systemmedien und Stammgäste zu verprellen – hat Konferenzleiter Christoph Heusgen nun ebenfalls eine «Grenze» gezogen und die politischen Parteien, die nicht dem sozialistischen Einheitsblock SED 2.0 zwischen Grünen und Union angehören, gar nicht erst eingeladen. Dies betrifft auch die zweitstärkste politische Einzelpartei Deutschlands und einzige Realopposition AfD, aber auch die Neugründung WerteUnion und das bereits gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht. Damit ist dann auch schon alles gesagt zum Thema Demokratieverständnis, unabhängige Debatte über Deutschlands Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und Perspektiven zu deren Neuausrichtung. Zufällig stehen genau die drei in München unerwünschten Parteien



allesamt für eine Friedenslösung in der Ukraine und für eine kritische Revision der maximal eigenschädlichen Russland-Sanktionspolitik der Ampel.



*Will keine echte Opposition und keine Verfechter einer Ukraine-Friedenslösung in München dabei haben: Konferenzchef und Merkel-Geschöpf Heusgen (Foto:Imago)*

Und eigentlich gehören solche Alternativkonzepte zu einer offenen Diskussion, die den Haupt- wenn nicht einzigen Zweck einer «Sicherheitskonferenz» darstellen müsste: Volksvertreter und politische Gestaltungskräfte aller Couleur im Austausch mit Experten, Diplomaten und Militärs. Dafür stand die Münchner Konferenz einst auch einmal. Heute aber werden hier offenbar nur noch handverlesene, erwünschte Hofschranzen und willige Vollstrecker bereits in Washington und Brüssel gefasster US- und NATO-Beschlüsse akzeptiert.

Quelle: <https://journalistenwatch.com/2024/02/04/offene-debatte-nein-danke-afd-werteunion-und-bsw-bei-muenchner-sicherheitskonferenz-unerwuenscht/>

## Israels Aushungerungsstrategie

*Mike Whitney*

Israel versucht, den IGH zu diskreditieren und die palästinensische Bevölkerung auszurotten, indem es 2 Millionen Palästinenser in alle Welt vertreibt und so die Aufmerksamkeit von seinen Aktionen ablenkt. Aushungern und Massenmigration sind die vorgeschlagenen Strategien.

Es ist kein Zufall, dass die Angriffe auf die UNRWA (Palästinenserhilfswerk der UNO) nach dem Urteil des IGH stattfanden. Israel versucht, den Internationalen Gerichtshof zu diskreditieren, und eine Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, UNRWA in den Schmutz zu ziehen. Aber UNRWA hat seit 1948 die heldenhafte Aufgabe erfüllt, den palästinensischen Flüchtlingen Gesundheit, Bildung und alle anderen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Und es ist wirklich herzerreissend, dass die israelische Propaganda UNRWA jetzt dämonisiert und einige Länder dazu bringt, die Hilfe einzustellen. Meine Sympathie und Unterstützung gilt also ganz der UNRWA, und ich hoffe, dass sie noch lange die wichtige Rolle spielen kann, die sie immer bei der Unterstützung der palästinensischen Opfer der israelischen Aggression gespielt hat. Avi Shlaim, israelischer Historiker (> LINK), siehe auch > Avi Shlaim - Israels Krieg gegen Hamas – Gerede und Wirklichkeit. Die UNRWA sorgt für die Verteilung von Lebensmitteln und Mehl für die gesamte 2,2 Millionen Einwohner zählende Bevölkerung des Gazastreifens. Die Streichung von UNRWA-Mitteln wird zu Massenhunger und Tod führen.

Hier ist Ihr Zionisten-Quiz für den Tag: Warum hat Israel am selben Tag, an dem der Internationale Gerichtshof (IGH) sein historisches Völkermord-Urteil verkündet hat, eine Medienoffensive gegen das UN-Hilfswerk (UNRWA) gestartet?

1. Um die Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenken, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht
2. um die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass neue Geheimdienstinformationen die Beteiligung der Hamas am Hilfswerk der Vereinten Nationen aufgedeckt haben
3. um den Menschen überall zu versichern, dass Israels Hauptanliegen die Bekämpfung des Terrorismus ist
4. um die letzte Phase der ethnischen Säuberung einzuleiten

Wenn Sie mit «4» geantwortet haben, können Sie sich auf die Schulter klopfen, denn das ist die richtige Antwort. Natürlich stimmt es auch, dass Israel die Aufmerksamkeit von der Ankündigung des IGH ablenken wollte, aber das verblasst im Vergleich zum Beginn der letzten Phase seiner ethnischen Säuberungsaktion. Dies ist der eigentliche Coup de grâce, der endgültige Todesstoss für die Zwei-Staaten-Lösung und eine praktische Lösung für Israels lästiges demografisches Problem. Dies ist auch das entscheidende Puzzle-

stück, das den letzten mehr als 100 Tagen unerbittlicher Bombardierungen, Luftangriffe und anderer Formen des Staatsterrors einen Sinn gibt. Es ist, als ob Israel kühn die Karten auf den Tisch legt, damit die ganze Welt sehen kann, welche Strategie es plant, um die einheimische Bevölkerung auszurotten und den zionistischen Traum von einem jüdischen Staat vom Fluss bis zum Meer zu erfüllen.

Und wie könnte diese Strategie aussehen?

2 Millionen Palästinenser durch Massenmigration in alle Himmelsrichtungen vertreiben.

Aber wie soll das gehen, haben sich nicht schon einige Länder geweigert, Palästinenser aufzunehmen?

In der Tat, das haben sie, aber das war, bevor die (bald veröffentlichten) Fotos von hungernden Frauen und Kindern die sozialen Medien weltweit überschwemmten und eine nie dagewesene Welle des Mitgefühls für die bedrängte Bevölkerung auslösten. Und da das öffentliche Mitgefühl zu einer weit verbreiteten Empörung führt, werden immer mehr Menschen von ihren Regierungen verlangen, Massnahmen zu ergreifen, um das Leid durch Masseneinwanderung zu lindern. Auf diese Weise will sich Israel seiner einheimischen Bevölkerung entledigen und ein zionistisches Walhalla schaffen, eine jüdische Mehrheit auf ewig.

Aus diesem Grund hat Israel seinen heftigen Angriff auf die UNWRA gestartet, weil die UNWRA – mehr als jede andere im Nahen Osten tätige humanitäre Organisation – dazu beiträgt, die Palästinenser mit Nahrung und Unterkunft zu versorgen, was den ausdrücklichen israelischen Absichten zuwiderläuft. Das Letzte, was Israel will, ist, dass die Palästinenser in der Nähe von Rafah ein riesiges Flüchtlingslager errichten, das in den kommenden Jahren immer grösser wird. Dieses Phänomen hat bereits in Jordanien und im Libanon stattgefunden, wo fast 3 Millionen Palästinenser immer noch in Flüchtlingslagern schmachten (75 Jahre nach der Gründung des israelischen Staates) und immer noch entschlossen sind, irgendwann in ihre Heimat zurückzukehren. Das ist nicht das, was Israel will. Israel will, dass sich die Palästinenser «in Luft auflösen», weshalb sie über die ganze Welt verstreut werden sollen, damit sie niemals auch nur an eine Rückkehr denken können.

Die israelische Führung ist zwar nicht erfreut über die Rufschädigung, die sie aufgrund ihrer Behandlung der Palästinenser erfährt, aber sie ist bereit, diese in Kauf zu nehmen, um ihre übergeordneten strategischen Ziele zu erreichen, nämlich die vollständige Ausrottung der arabischen Bevölkerung und die Stärkung einer dauerhaften jüdischen Mehrheit.

Die Gesamtstrategie Israels wurde am besten von Daniella Weiss, einer ehemaligen Bürgermeisterin einer Siedlung im Westjordanland, zusammengefasst, die in einem kurzen Interview auf Tik Tok Folgendes sagte: «Sie werden umziehen. Sie werden umziehen. Die Araber werden umziehen. ... Wir geben ihnen keine Lebensmittel, wir geben den Arabern nichts, und sie werden gehen müssen. Die Welt wird sie akzeptieren.»

(Middle East Eye, Tik Tok)

Das ist Israels Plan in einer Nusschale.

erschieden am 3. Februar 2023 auf > Information Clearing House > Artikel > Original auf The Unz Review  
Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2024\\_02\\_04\\_israelsaushungerungsstrategie.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2024_02_04_israelsaushungerungsstrategie.htm)

## Die USA sind süchtig nach Krieg und Weltreich

Fran Shor

**Die unerbittlichen Angriffe der Biden-Regierung auf die jemenitischen Huthis dienen angeblich dem Schutz des Roten Meeres, sind aber Ausdruck der imperialistischen Ideologie der USA. Angesichts des allgegenwärtigen militärisch-industriellen Komplexes ist es von entscheidender Bedeutung, diese Abhängigkeit zu durchbrechen.**

Wie erklärt sich die Besessenheit der Biden-Regierung von den Huthis und die fast täglichen Raketen- und Luftangriffe des Pentagons auf Ziele im Jemen? Die angebliche Begründung ist der Schutz des Schiffsverkehrs im Roten Meer. Mit Ausnahme von Bahrain (einem Land, in dem sich die grösste US-Militärbasis in der Region befindet) haben sich andere arabische Verbündete jedoch nicht Bidens sehr begrenzter «Koalition der Willigen» angeschlossen.

Hinter dieser jüngsten in einer langen Reihe von US-Militärinterventionen in der Region und in der Tat rund um den Globus stehen sicherlich auch geopolitische Überlegungen. Der Wunsch dieser und vieler anderer vorangegangener Regierungen, die «unverzichtbare» Nation zu bleiben, ist jedoch eine entscheidende ideologische Verpflichtung für solche Interventionen. So ist die Führung eines Krieges gegen designierte Feinde im Nahen Osten, wie im Jemen, oder die Ermöglichung der Vernichtung der Bevölkerung des Gazastreifens durch US-Verbündete wie Israel für die USA ein entscheidender und tödlicher Faktor, um die «unverzichtbare» Nation zu sein.

Eine besonders treffende Einsicht in die Ideologie der «Unentbehrlichkeit» lieferte Emmanuel Todd schon früh im sogenannten «Krieg gegen den Terror». Todd zufolge «geben die USA vor, die unverzichtbare Supermacht der Welt zu bleiben, indem sie unbedeutende Gegner angreifen. Aber dieses Amerika – ein militaristisches, aufgeregtes, unsicheres, ängstliches Land, das seine eigene Unordnung auf den Globus projiziert –

ist kaum die unverzichtbare Nation, die es zu sein vorgibt, und ist sicherlich nicht das, was der Rest der Welt jetzt wirklich braucht.»

Es sollte niemanden überraschen, der sich mit der Geschichte der USA befasst hat (und nicht mit der beschönigten Version, mit der die rechten Kulturkrieger hausieren gehen), dass Krieg und Imperium ein wesentlicher Bestandteil der Geburt, der Expansion und der globalen Hegemonie dieser Nation waren. Viele von uns, die über die lange Geschichte der Verstrickung der USA in Krieg und Imperium schreiben, haben die verheerenden Auswirkungen auf die Opfer im Ausland, aber auch auf die Bevölkerung im eigenen Land hervorgehoben (siehe z. B. Dying Empire).

Bei einer so tief verwurzelten Beschäftigung mit dem Imperium und dem Krieg ist es nicht verwunderlich, dass sich diese Verbindung zu einer Sucht ausgewachsen hat. Unter Verwendung von Elementen aus der Merriam-Webster-Definition von Sucht könnten die folgenden Symptome auf die USA zutreffen: «Ein zwanghaftes, chronisches ... psychologisches Bedürfnis nach einem gewohnheitsmässigen Verhalten oder einer Aktivität mit schädlichen ... psychologischen und sozialen Auswirkungen.»

Natürlich findet jede Abhängigkeit in einem Umfeld statt, das diese Sucht begünstigt. Innerhalb dieses Umfelds gibt es wiederum Kräfte, die für die Verstärkung dieser Sucht entscheidend sind. In diesem Zusammenhang möchte ich die Rolle hervorheben, die ein entscheidender Pusher bei dieser Sucht gespielt hat. Wie so viele Ermöglicher einer biochemischen Abhängigkeit agieren die Drogendealer, ob in der grossen Pharmaindustrie oder bei anderen räuberischen Profiteuren, im Verborgenen, versteckt entweder hinter der Immunität von Unternehmen oder hinter umfangreichen Schattennetzwerken.

Bei den Waffenhändlern, die die Kriegsmaschinerie und ihre imperialen Operationen versorgen, gibt es eine klare Drehtür zwischen dem Pentagon, dem Kongress und der Waffenindustrie. Einem Bericht des Senats aus dem Jahr 2022 zufolge gab es unter den führenden US-Verteidigungsunternehmen fast 700 ehemalige Regierungsbeamte, die ihr «Fachwissen» denjenigen zur Verfügung stellten, die dazu beitrugen, die Abhängigkeit von Krieg und Imperium zu ermöglichen. Selbst mit den so genannten Reformen in dieser Drehtür gibt es jetzt mehr Zugang und weniger Transparenz. Die Strippenzieher halten die Nation einfach in Atem. Mit dem weiterhin obszön wachsenden Pentagon-Budget (ohne auch nur eine Rechnungsprüfung – Al Capone muss sich im Grab vor Neid umdrehen!) – jetzt fast 900 Milliarden Dollar (grösser als die Verteidigungsausgaben der nächsten acht Länder zusammen!) – gibt es zumindest eine öffentliche Aufzeichnung, um diese Trope der Sucht zu dokumentieren. Von den sechs grössten Waffenherstellern der Welt befinden sich fünf in den USA. Es sind General Dynamics, Northrup Gruman, Raytheon (jetzt RTX), Boeing und Lockheed Martin Corp. Sie sind nicht nur in den USA führend, sondern die US-Waffenexporte beliefen sich im Zehnjahreszeitraum bis 2019 auf durchschnittlich 162 Milliarden Dollar. Und natürlich war und ist einer der grössten Empfänger von Sonderangeboten und beschleunigten Lieferungen Israel, wo jetzt US-Waffen zu Zehntausenden unschuldige Menschen im Gazastreifen abschlachten.

Diese schreckliche Sucht ist zwar für die einen profitabel, für die anderen aber tödlich und für die ganze Nation sogar lähmend. Es ist eine unendliche und schwierige Aufgabe, diese Sucht und ihre Verursacher zu bekämpfen. Wir sind es jedoch der Welt und uns selbst schuldig, dieser Sucht den Garaus zu machen. Je früher, desto besser!

erschieden am 27. Januar 2024 auf > INFORMATION CLEARING HOUSE > Artikel

**Fran Shor ist ein pensionierter Lehrer, Autor und politischer Aktivist aus Michigan.**

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2024\\_01\\_31\\_jamannidieusa.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2024_01_31_jamannidieusa.htm)

## **Massensterben überall im Westen: «Schreckliche Situation, die Regierungen reagieren nicht.»**

*uncut-news.ch, Februar 2, 2024*

Die British Heart Foundation hat kürzlich in einer Pressemitteilung auf einen alarmierenden Anstieg der Herztodesfälle in England hingewiesen. Seit Februar 2020 sind 100'000 Menschen mehr an Herz-Kreislauf-Erkrankungen gestorben als erwartet. «Wo ist die Empörung?» fragt Dr. John Campbell. «Wo sind die Mainstream-Medien? Wann wird die Regierung das ernst nehmen?»

Überhöhte Sterblichkeit sei nach wie vor ein internationales Problem, betont Campbell. Es betrifft nicht nur Grossbritannien.

Die Website Our World in Data zeigt, dass die Übersterblichkeit beispielsweise in den USA immer noch bei über 10 Prozent liegt. Noch schlimmer ist die Situation in Kanada, wo die Übersterblichkeit bei etwa 15 Prozent liegt.

In Australien war die Übersterblichkeit zuletzt mit über 20 Prozent sehr hoch. Auch in Irland und Neuseeland schwankt die Übersterblichkeit zwischen 10 und 20 Prozent. Nach Campbell gibt es in all diesen Ländern eine erhebliche Übersterblichkeit.

**Coronavirus Plushie** @c\_plushie · Folgen

Excess deaths internationally continue (New Zealand mentioned at 1:55) as British Heart Foundation issues a press release about alarming increase in cardio vascular deaths and heart deaths.

Early Heart Disease Deaths Rise to 14-Year High

Over 100,000 excess deaths involving... [Mehr anzeigen](#)

**follow the evidence...** Auf X ansehen

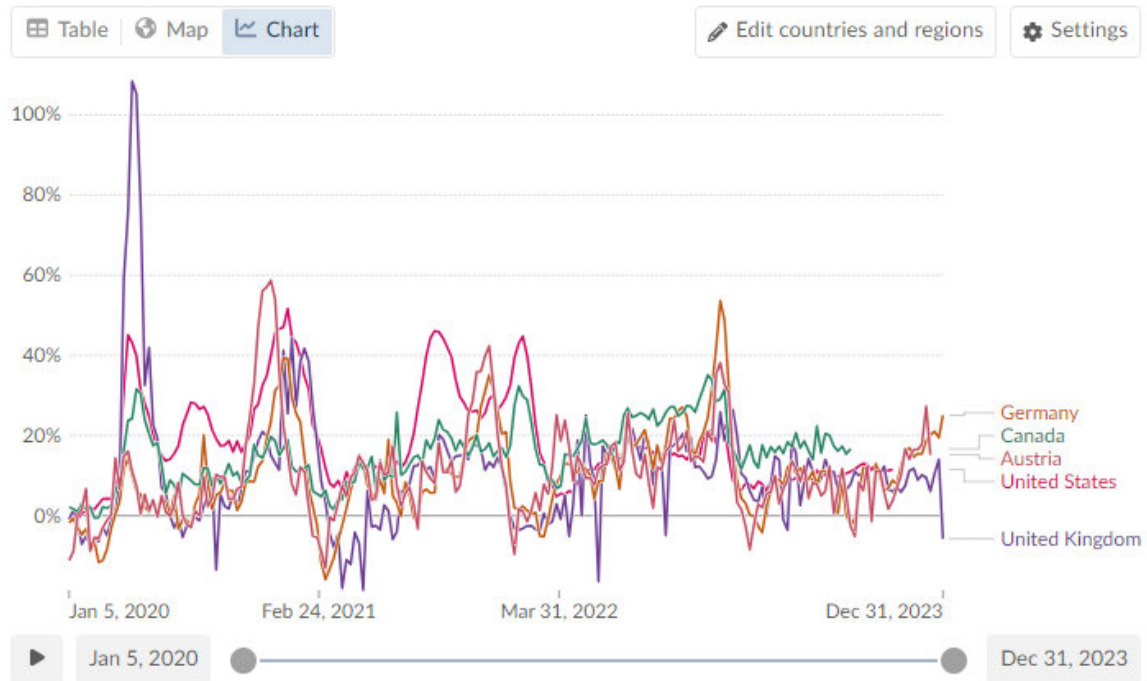
**Helen Petousis-Harris** @PetousisH  
NZ had higher vaccine coverage than most of these countries and lowest excess deaths. Go NZ! 🇳🇵 ❤️

Zuletzt bearbeitet 8:22 nachm. · 22. Jan. 2024

## Excess mortality: Deaths from all causes compared to average over previous years

Our World in Data

The percentage difference between the reported number of weekly or monthly deaths in 2020–2024 and the average number of deaths in the same period over the years 2015–2019.



Data source: Human Mortality Database (2023); World Mortality Dataset (2023) – [Learn more about this data](#)

Note: The reported number of deaths might not count all deaths that occurred due to incomplete coverage and delays in reporting.

OurWorldInData.org/coronavirus | CC BY



Explore the data →

Wir haben es hier mit einem globalen Muster zu tun und Campbell wird so lange Alarm schlagen, bis er eine Antwort erhält. «Wir sind in einer schrecklichen Situation, die Regierungen geben nicht nach», sagt er. Quelle: <https://uncutnews.ch/massensterben-ueberall-im-westen-schreckliche-situation-die-regierungen-reagieren-nicht/>

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

### Autokleber

#### Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

### Bestellen gegen Vorauszahlung:

**FIGU**  
Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

### E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89

### IMPRESSUM

#### FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** FIGU Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internet veröffentlicht  
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3  
**E-Brief:** info@figu.org  
**Internetz:** www.figu.org  
**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org

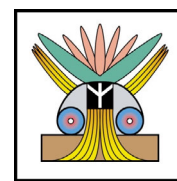


© FIGU 2024

Einige Rechte vorbehalten.  
Dieses Werk ist, wo nicht anders  
angegeben, lizenziert unter :  
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

#### Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**  
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz